Die Industriestreusiedlung, ihre wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen.

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde,
genehmigt von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der
Friedrich-Wilhelms-Universität
zu
Berlin

Vorgelegt von
Botho Koller
Stahnsdorf, Kr. Teltow.

Tag der Promotion: 26. 6. 1937

Druck von Erich Leuschner, Drebkau N.-L.
1937

J 70

D e k a n
Professor Dr. Graf von Gleisbach

1. Gutachter: Professor Dr. August Müller
2. Gutachter: Professor Dr. Erwin Wiskemann

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Die Industriestreusiedlung, ihre wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen.

Eröffn' ich Räume vielen Millionen
Nicht sicher zwar, doch tätig — frei zu wohnen.

Faust II, 11563/64.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung.

Was versteht man unter Industriestreusiedlung? 1

I. Kapitel

Die Notwendigkeit der Industriestreusiedlung. 2.

Die Gründe für die Industriestreusiedlung. 2

1.) Die Verstädterung und ihre Gefahren. 2
a.) Die Gründe der Verstädterung. 2
b.) Die Großstadt und ihre heutige Form. 9
c.) Die biologischen, psychologischen und politischen Folgen der Verstädterung. 13

2.) Wirkung der Industriestreusiedlung auf Landwirtschaft und Landbevölkerung. 16

3.) Wehrpolitische Gründe: Der Osten als Grenzwall gegen Unterwanderung. 18

4.) Standortslehre und Siedlungspolitik. 20

II. Kapitel.

1.) Wo finden sich solche Industriestreusiedlungen? 22

a.) In Deutschland: Württemberg. 22
Thüringen. 27
Siegerland. 29

b.) Im Ausland: Nordböhmen 31
Lyoner Seidengebiet. 32
Belgien. 33

2.) Das Ergebnis der empirischen Darstellung. 34

A.) Systematische Gründe der Standortsstreuung: 34
a.) Historische Gründe 34
b.) Geographische Gründe, Standortserwägungen. 35
c.) Boden- und Besitzverhältnisse. 35
d.) Arten und Größe der Industrien. 36
e.) Verkehr. 37
f.) Fehlende Voraussetzungen, Gegenkräfte und Monopole 37

B.) Wirkungen der Revierstreuung auf: 38
a.) den Menschen, seine Betätigungsart und Unternehmungsform. 38
b.) das Lohnniveau. 39
c.) die Verbindung von Blut und Boden. 40
d.) die Umsiedlungsmöglichkeiten. 40
e.) den Grad der Krisenfestigkeit. 40

III. Kapitel.

Durchführung einer Industriestreusiedlung. 43

1.) Der Osten als Versuchsgebiet. 43
Fehlende und vorhandene Voraussetzungen (historische Gründe, Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft, der Ostlandwirt als Industriearbeiter).

2.) Die Heranziehung von Unternehmern. 45

3.) Staatliche Voraussetzungen: 47

a.) Verminderung der steuerlichen Belastung (die Rolle der Gewerbesteuer) 47
b.) Verminderung der sozialen Belastung. 48
c.) Das Transportnetz 48
d.) Die Versorgungsbetriebe. 50

4.) Auseinandersetzung mit kritischen Einwürfen. 50

a.) Verminderung der Nahrungsfreiheit 51
b.) Erhöhte Kapitalbeanspruchung und Steuerbelastung 52

Schluß.

Methodische Voraussetzungen der Industriestreusiedlung. 55

Literaturverzeichnis.

Aereboe, F., Agrarpolitik, 1928
Allendorf, H., Der Zuzug in die Städte, 1901
Blau, J., Landes- und Volkskunde der Tschechoslowakischen Republik, 1921
Bolz, W., Nebenerwerbssiedlungen für Kurz- und Wollarbeiter, 1934
Burgdörfer, F., Zurück zum Agrarstaat, 1933
Burgdörfer, F., Volk ohne Jugend, 1934
Decken, von der B., Die Wirtschaft der Tschechoslowakei, 1928
Eheberg, Grundriß der Finanzwissenschaft, 1936
Gradmann, R., Das ländliche Siedlungswesen des Königreiches Württemberg, 1913 der
Günther, H., Die Verstädterung. 1934
Hainisch, M., Die Landflucht, 1924
Haushofer, K., Wehr — Geopolitik, 1932
Herkner, H., Die Arbeiterfrage, 1921
Koch, E., Aufbau im Osten, 1934
Kraus, Th., Das Siegerland (Forschungen zur deutschen Landes- und Volkskunde, Bd. 28, H. 1, 1931)
Manteuffel—Katzdangen, K., Deutschland und der Osten, 1926
Moll, Lehrbuch der Finanzwissenschaft, 1930
Mühlner, G., Land ohne Kinder — Land ohne Zukunft, 1934
Müller, J., Die thüringische Industrie, 1930
Sax, E., Die Verkehrsmittel in Volks- und Staatswirtschaft, 1922
Schott, S., Die großstädtische Agglomeration des deutschen Reiches von 1871 — 1910, 1912.
Sering, M., Die Verteilung des Grundbesitzes und die Abwanderung vom Lande, 1910
Sering, M., Deutsche Agrarpolitik, 1934
Sombart, W., Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrh. 4. Aufl.
Sombart, W., Deutscher Sozialismus, 1934
Sombart, W., Der moderne Kapitalismus, 1927.

Zeitschriften:

Anzeiger für Berg-, Hütten- und Maschinenwesen, 1933, v. 26. 5. 33: Krehl, Württembergische Qualitätsindustrie in der Krise.
Anzeiger für Mehmke, R. L., Lebensbedingungen der süddeutschen Industrie.
Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, 67. Bd., 1932: Briefs, G., Revierbildung und provinziale Streuung der Industrie.
Bauen, Siedeln, Wohnen. 14. Jahrg., Nr. 8/9: Wagner, H., Auflockerung der Großstädte.
Bauen, Siedeln, 15. Jahrg., v. 1. 1. 35: Burgdörfer, F., Stadt- und Landproblem und Binnenwanderung.
Beiträge zur Landeskunde der Rheinlande, Veröffentlichung des Geographischen Instituts der Universität Bonn, 1934: H. 3:

Schepke, H., Flurform, Siedlungsform und Hausform im Siegtal-gebiet in ihren Wandlungen seit dem 18. Jahrhundert.
Deutsche Bauzeitung, 68. Jg., H. 4: De Laporte, Stadt und Land, ein soziologisches Problem.
Deutsche Bauzeitung, Lörcher. Neuordnung des deutschen Raumes.
Deutsche Bauzeitung, H. 11: Niemeyer, Autobahnen und Groß-stadtauflockerg.
Deutsches Bauerntum, H. 2, 1929: Burgdörfer, F., Der Geburten-rückgang und die bevölkerungspolitische Bedeutung des Land-volkes.
Deutsche Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaft, Jan. 1934: v. Niedermeyer, Unser ostwärtiges Grenzgebiet.
Die Landgemeinde, 45. Jg., Nr. 2: Maaßen, Schulreform vom Lande her!
Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten = Berichte über Landwirtschaft, Sonderheft 50. 1932: C. v. Dietze, Die Lage der Landwirtschaft in ungünstigen Gebieten Mitteldeutschlands.
Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 132, 1930: Wil-leke, R., Die Arbeitsmarktgestaltung unter dem Einfluß der wirtschaftsräumlichen Dezentralisation.
Jahrbücher für Bd. 144, 1936: Mahr, A., Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Nebenberufssiedlung.
Landwirtschaftliche Jahrbücher, Bd. 29, 1900: v. Brandt, Erbrecht und ländliche Erbsitten in Frankreich.
N S Monatshefte, 1. Jg., 1930: Schwarz, Ph., Die Volkskraft in Stadt und Land.
Petermanns Mitteilungen, Ergänzungsheft Nr. 204, 1929: Leyden, F., Die Volksdichte in Belgien, Luxemburg und den Niederlanden.
Reichsplanung, 3/35, Haushofer, Die Grenze als bevölkerungs-politische Aufgabe.
Reichsplanung, 12/35, Lehmann, Industrielle Standortlehre gestern und heute.
Reichsplanung, 8/35, Richter, F., Wirtschaftsgeschichte und Wirt-schaftsstruktur des krisenfesten Landes Württemberg.
Reichsplanung, 2/35, Hoffmann, R., Die Aufgaben der Verkehrs-politik.
Reichsplanung, 2/35, Mellerowitz, Siedlung und Kraftverkehr.
Schriften der Deutschen Hochschule für Politik, 1934, H. 6: Groß, W., Rassenpolitische Erziehung.
Schriften des Vereines für Sozialpolitik, Bd. 178, II, 1930: Drescher, L., Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in Frankreich.
Schriften des Bürger, E., Bäuerliche Liegenschaftsübertragung und Vererbung im Gebiete der Tschechoslowakei.
Schriften des Forst, I., Die Vererbung des ländlichen Grundbe-sitzes in Belgien.
Schriften für neues Bauerntum, 1934, H. 53: Schmalz, Die In-dustrielisierung Ostpreußens.
Schriften zur Förderung der Inneren Kolonisation, 1934, H. 51: Warnack, Ländliche Siedlung und Bevölkerungsverdichtung.

Siedlung und Wirtschaft, 16. Jg., H. 4, 1934: Neumann, F., Nationalsozialismus und Siedlung.
Siegerländer Industriegebiet, Hrsg. v. Büscher und Sarx, 1922: Kruse, H., Das Siegerland.
Siegerländer Roth, H., Die Siegerländer Haubergswirtschaft
Sonderheft 10 zu Wirtschaft und Statistik
Statistisches Jahrbuch 1927, 1932, 1935
Verwaltungsakademie, Die. Bd. I, Gruppe 2: Haushofer, Geopolitische Grundlage.
Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches
Wirtschaft und Statistik
Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, 1927 Schott, A., Württembergs Bevölkerung nach der Volkszählung am 16. 6. 25.
Zum wirtschaftlichen Schicksal Europas, Hrsg. von C. Brinkmann, II. Teil, 1933: Hoffmann, H., Landwirtschaft und Industrie in Württemberg.

Zeitungen.

Berliner Börsenzeitung
Berliner Lokal-Anzeiger
Deutsche Wochenschau
Frankfurter Zeitung
Völkischer Beobachter
Wirtschaftsheft 8/32 der Frankf. Ztg.

Quellen.

Arbeitsbericht „N S Aufbauarbbeit in Ostpreußen" hrsg. im Auftrage des Oberpräsidiums Königsberg, 1934
Denkschrift der Deutschen Bau- und Bodenbank
Deutscher Verein für Wohnungsreform
Oberpräsidium der Provinz Ostpreußen
Pressearchiv der Deutschen Hochschule für Politik
Rassenpolitisches Amt der NSDAP
Siedlungsamt der Gauleitung Kurmark
Statistische Stelle des Landesarbeitsamtes Brandenburg.

Einleitung.

Was ist Industriestreuung?

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts ist für Deutschland eine enge Durchflechtung von Agrarwirtschaft und handwerklicher Gewerbetätigkeit typisch.*) Mit dem Aufkommen des Industrialismus treten aber schwerwiegende Verlagerungen in den herkömmlichen Beziehungen zwischen Agrar- und Gewerbewirtschaft ein. Mit Hilfe der Technik wächst der gewerblich-industrielle Betrieb, der größere Mengen produzieren und sie verbilligt auf den Markt bringen kann. Die Zahl der gewerblichen Verarbeitungsstätten wird zwangsläufig geringer und somit die Streuung der Betriebe über das Land kleiner. Die Gemengelage von gewerblicher Verarbeitung und Rohstoffproduktion werden in vielen Fällen zerstört.

Der Ausbau der Verkehrswege und -mittel erleichtert diesen Prozeß. Denn den industriellen Gebieten wird das landwirtschaftliche Produkt von fernher zugeleite und umgekehrt. Hierdurch verschiebt sich auch die überkommene Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land. Agrar- und Industriegebiet sondern sich von einander ab. Das Agrargebiet verliert die dichte Gemengelage mit der gewerblichen Verarbeitung. Es entwickeln sich reine Industrie- und Agrarräume. Zwischen diesen beiden extremen Fällen liegen Gebiete der Gemengelage von Industrie und Landwirtschaft. In diesen Industriestreugebieten besteht ein lebendiger Zusammenhang zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft, der durch eine Dezentralisierung der Industrie weiter gefördert wird.

Was ist Industriestreusiedlung?

Unter Industriestreusiedlung verstehen wir eine solche Einlagerung von Industrie in landwirtschaftliche Gebiete, bei denen die industrielle Arbeiterschaft oder ihre Angehörigen gleichzeitig landwirtschaftlich tätig bleiben können. Eine solche enge Verbindung von Industrie und Landwirtschaft vermindert die Landflucht, verhindert eine weitergehende Verstädterung und erlaubt eine stärkere Besiedelung von Gegenden, die rein agrarisch intensiv sonst nicht besiedelt werden könnten. Die Durchführung einer solchen Industriestreusiedlung ist nur möglich auf Grund einer Wirtschaftsplanung, die unter genauer Beobachtung aller natürlichen, technischen, finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen ausgeführt wird. Es ist Aufgabe der folgenden Untersuchung, die Gründe, die eine solche Industriestreusiedlung erforderlich machen, darzustellen und ihre wirtschaftliche Möglichkeit zu untersuchen.

---

*) vgl. Sombart: Die Deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrh., 4. Aufl. S. 277 ff.

Wie ist die Industriestreusiedlung durchführbar?

Um hierfür die Wege aufzeigen zu können, müssen im folgenden Kapitel die Verstädterung, ihr Einfluß und ihre Gefahren betrachtet werden, um somit die Angriffspunkte für die Verhinderung weiterer Verstädterung unseres Volkes erkennen zu können.

Nachdem die Ziele der zukünftigen Industrieverlagerung und -dezentralisation dargestellt worden sind, sollen im zweiten Kapitel Beispiele von Industriestreusiedlungen, ihre Voraussetzungen, Bedeutung, Wirkungen und Folgen besprochen werden.

Im letzten Kapitel wird gezeigt, wie und wo eine solche Industriestreusiedlung durchführbar sei.

I. Kapitel.

Die Notwendigkeit der Industriestreusiedlung.

a) Die Gründe für die Industriestreusiedlung.

Eine Industriestreusiedlung ist notwendig: um die weitere Verstädterung zu verhindern, die Landwirtschaft zu intensivieren, die Bauernbevölkerung zu vermehren, einen Schutzwall gegen die Unterwanderung zu schaffen und um die Industrien durch weitgehende Streuung feindlichen Eingriffen möglichst zu entziehen.

Die Wichtigkeit dieser Gesichtspunkte sei hier näher erläutert.

1. Die Verstädterung und ihre Gefahren.

Was ist Verstädterung? Entwicklung der Städte.

Im 19. Jahrhundert beginnen die Städte, vor allem die Großstädte Europas, rasch zu wachsen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gab es in Europa nur 21 Städte mit mehr als 100. 000 Einwohnern, im Jahre 1900 aber 148. Die Volkszahl dieser Städte ist von ungefähr 5 Mill. Menschen auf 40 Mill. gestiegen. Allen voran schreitet England, aber auch in Deutschland betrug nach den Berechnungen Schotts im Jahre 1910 der Anteil der 48 Großstädte 21,3% der Reichsbevölkerung.[1]) Im Jahre 1925 zählte die deutsche Reichsbevölkerung 64,4% Stadtbevölkerung und nur 35,6% Landbevölkerung. Im Jahre 1933 betrug der Anteil der Stadtbevölkerung an der Reichsbevölkerung 67,1 % und der der Landbevölkerung 32,9 %, davon entfielen auf die Großstädte 30,4 %. Es hat sich hier eine vollkommene Umschichtung der Bevölkerung hinsichtlich ihrer Siedlungsweise vollzogen. Diese Erscheinung wird mit Landflucht oder Zug zur Stadt bezeichnet. An die Stelle der Dezentralisation ist, und das besonders stark im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, die Zentralisation getreten. Die Entwicklung hat also zu einer ständig steigenden Urbanisierung der Bevölkerung geführt.

---

[1]) Schott: Die großstädtische Agglomeration des Deutschen Reiches von 1871 — 1910.

Der Anteil der Stadtbevölkerung betrug 1933 67,1%. Während der Anteil der Stadtbevölkerung in den letzten 50 Jahren sehr schnell gewachsen ist, ist der der Landbevölkerung in demselben Maße zurückgegangen. Besonders stark haben die Großstädte zugenommen; die Klein- und Mittelstädte wachsen nur langsam, während bei den Landstädten ein geringer Rückgang zu verzeichnen ist. Das Wachsen der Großstädte ist übrigens eine nicht auf Deutschland beschränkte Erscheinung. Frankreich hatte 1872 9%, 1920 15 %, 1931 16 % Großstadtbevölkerung; England 1872 27 1920 39 %, 1931 45 %; U S A 1890 15 1920 26 1930 30 Großstadtbevölkerung.

Der wirtschaftliche Menschenbestand ist also durch Wanderungsbewegungen erheblich beeinflußt worden. Wir müssen eine Binnenwanderung vom Lande in die Stadt feststellen. Dadurch wird die Bevölkerungsagglomeration, das ist die Verteilung der Bevölkerung auf die verschiedenen Wohnplatzklassen, entscheidend verändert. Besonders Deutschland hat die Wirkungen einer großen Binnenwanderungsbewegung erfahren. Es geht innerhalb Deutschlands fortwährend ein Menschenstrom von den ländlichen Agrargebieten in die städtischen Industriegebiete. So hat sich seit dem Jahre 1871 die prozentuale Verteilung der Stadt- und Landbevölkerung vollkommen umgekehrt.

im Jahre	**Landbevölkerung** Gemeinden mit 1 — 2000 Einw.	**Stadtbevölkerung** Gemeinden mit 2000 und mehr Einw.
1871	63,9	36,1
1880	58,6	41,4
1890	53,0	47,0
1900	45,7	54,3
1910	40,0	60,0
1919	37,5	62,5
1925	35,6	64,4
1933	32,9	67,1

Diese Binnenwanderungen, die die Siedlungsverhältnisse der Bevölkerung vollkommen umgestaltet haben, sind die Folge recht verschiedener Gründe. Aus der Wechselbeziehung zweier Tatsachen erklärt sich dieses Ausmaß der Wanderungen. Einerseits hat von jeher die Stadt eine große Anziehungskraft ausgeübt. Dazu treten später die Ursachen der Landflucht; es sind Tatsachen, die ein Leben auf dem Lande unmöglich machen oder z. T. sehr erschweren. Im folgenden wird daher bei der Untersuchung der Beweggründe der Wanderungen zwischen diesen beiden Tatsachen unterschieden werden. —

Anziehungskraft der Städte durch Nachfrage nach Arbeitskräften.

Besteht eine Verbindung zwischen dem Aufblühen der Industrie und der Entwicklung der Städte? Welche Gründe liegen für die Agglomeration vor? Die Industrie ging aus dem städtischen Handwerk hervor. Sie mußte die Stadt zum Standort wählen; denn eine Massenproduktion, wie sie der fabrikmäßige Großbetrieb darstellt, ist wiederum auf Massenabsatz eingestellt und angewiesen. Je größer der Ort ist, um so mehr kann am ort selbst abgesetzt werden. Auch hier ist die Wahrscheinlichkeit besserer Fernverbindungen gegeben und so eine Absatzerleichterung als in kleineren Orten. Außerdem ist hier die Beschaffung von Rohstoffen, Arbeitskräften und Kredit leichter. Hinzu kommt der komplementäre Charakter der Betriebe, die Halbfabrikate herstellen; sie sind auf eine Vereinigung an einem Orte angewiesen. Die Industrie schlug also in den Städten ihren Sitz auf und beeinflußte so die Entwicklung der Städte erheblich. Mit der Ausdehnung der Industrie entstand eine ständig wachsende Nachfrage nach gewerblichen und sonstigen Arbeitskräften. Diese Arbeitskräfte mußten an anderer Stelle frei werden. So wurden die vielen vom Lande verdrängten Menschen durch die große Nachfrage nach Arbeitskräften in die Stadt gezogen. Die Aufnahme- und Entwicklungsfähigkeit der Industrie ist größer als der Landwirtschaft. Hier schiebt das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag einen Riegel vor; die Industrie hat ihre Grenze hingegen in der Beschränktheit ihres Absatzfeldes. Aus diesem Grunde konnte ein ununterbrochener Strom vom Lande zur Stadt vor sich gehen und somit ein Anwachsen der Städte bewirken. Das Wachstum der Städte beginnt immer erst dann, wenn die Großindustrie sich entwickelt. Dementsprechend tritt dieser Umschichtungsprozeß bei den einzelnen Ländern auch zu verschiedenen Zeiten auf.

Neben der Nachfrage nach gewerblichen Arbeitskräften werden auch ungelernte Arbeiter für die schweren Arbeiten z. B. des Baugewerbes angefordert. Auch durch den Handel und Verkehr werden viele Leute vom Lande zu der Stadt gezogen und dort seßhaft. Ferner wird mit dem Wachstum der Städte die Nachfrage nach persönlichen Diensten erhöht und somit die Anziehungskraft der Städte noch verstärkt. So wird die weibliche Bevölkerung des Landes durch den Bedarf an Dienstboten in die Städte gezogen, da nachweislich die Städte selbst nur einen relativ kleinen Anteil am Dienstpersonal stellen.

Die höhere Entlohnung.

Die beständige Nachfrage nach Arbeitskräften erhöhte die Löhne in den Städten. Der Arbeiter ist organisiert. Die Gewerkschaft arbeitet für ihn. Aereboe sagt darüber:

„das, was die Landflucht hat anwachsen lassen in erster Linie, war die mit allen Mitteln groß gezogene Differenz zwischen

dem Einkommen des Arbeiterstandes in Stadt und Land."[1])

Mit dem Steigen der Industriearbeiterlöhne ging der Lohn der Landarbeiter nicht gleichmäßig mit, er blieb vielmehr in immer größerem Abstand hinter ihm zurück. Aereboe weist nach: daß die Landarbeiterlöhne seit dem Aufblühen der deutschen Industrie je länger desto mehr hinter den Löhnen der Industriearbeiter und hinter dem Einkommen der sonstigen Berufsklassen des deutschen Volkes zurückblieben.[2]) Diese hohen Löhne übten natürlich eine große Anziehungskraft auf die Landarbeiter aus und riefen eine steigende Abwanderung vom Lande hervor. Aus den bei Hainisch[3]) angeführten Berechnungen geht hervor, daß nicht nur die Nominallöhne, sondern auch die Reallöhne in der Stadt höher liegen als auf dem Lande.

Vorteile der städtischen Arbeit.

Neben den besseren Einkommensverhältnissen lebt der Städter in vielen anderen Beziehungen günstiger. Unwillkürlich macht der Landbewohner einen Vergleich zwischen sich und seinem städtischen Kameraden. Die Vorteile auf Seiten des Städters liegen klar auf der Hand. Einmal ist es die viel kürzere Arbeitszeit, die regelmäßig das ganze Jahr über so bleibt und keinen durch die Saison bedingten Schwankungen unterlegen ist. Der Landarbeiter kennt z. B. während der Ernte keine Beschränkung der Arbeitszeit, während der Industriearbeiter nach seiner achtstündigen Arbeitszeit frei ist. Besonders die Jugend auf dem Lande will nicht abends und sonntags immer in Arbeitsbereitschaft liegen, die durch die Fütterung des Viehes bedingt ist. In der Stadt ist der Mensch nach der festgelegten Zeit frei. Dann ist die Stadtarbeit leichter als die mit größerer Körperanstrengung verbundene Landarbeit, bei der man jeglicher Witterung ausgesetzt ist.

Psychologische Gründe.

Ganz besonders breiten Raum nimmt die Reihe der psychologischen Gründe ein. Das städtische Leben übte von jeher seinen eigentümlichen Reiz auf die Landbevölkerung aus. „Stadtluft macht frei" war schon die Devise des Mittelalters, das Streben nach Freiheit ist heute noch ebenso groß. In der Stadt ist man sein eigener Herr, in der Landwirtschaft sozial stark abhängig von seiner Herrschaft. Neben der Fülle der Abwechslungen und mannigfachen Vergnügungsmöglichkeiten besteht auch der berechtigte Wunsch für die strebsameren Elemente, an der höheren städtischen Kultur teilzunehmen und bessere Schulen zu besuchen. Die

---

[1]) Aereboe: Agrarpolitik S. 561.
[2]) Aereboe: Agrarpolitik S. 531.
[3]) Hainisch: Die Landflucht S. 63.

größere Masse natürlich wird durch die Vergnügungssucht in die Städte getrieben.*).

Entwicklung der Städte durch den bevölkerungsfeindliche Charakter der Landverhältnisse. Veränderte Wirtschaftsverhältnisse.

Die modernen rationalen Wirtschaftsgrundsätze bedingen völlig veränderte Wirtschaftsverhältnisse. Sie sind die Ursachen für die Bevölkerungsverschiebung des vergangenen Jahrhunderts. Die Agrargesetzgebungen erzeugen die Veränderungen und beseitigen die Spuren des alten Feudalsystems. Das Ziel war der persönlich und wirtschaftlich freie Bauer. Aber im Zuge der Stein-Hardenbergschen Reformen mußten die spannfähigen Bauern die auf ihrem Besitz lastenden Abgaben und Dienste ablösen. Zur Aufbringung dieser Ablösungssumme waren sie wegen ihrer beschränkten Mittel meist nicht imstande. Die Folge war Abtretung von Land, Verschuldung oder Aufgabe ihres Besitzes. In jedem Fall trat eine Vergrößerung des Großgrundbesitzes ein. Die Durchführung der Regulierungsgesetzes vollzieht sich nicht, ohne größere Besitzveränderungen auf dem Lande hervorzurufen. Die Bauernbefreiung führte zu einer Ausdehnung der Großbetriebe, bildete die Grundlage für einen Arbeiterstand auf dem Lande und leistete der Landflucht Vorschub. Es bildet sich die wichtige Grundlage der Industriealisierung: die frei gesetzte Schar landloser Leute, die gezwungen ist, in ein Lohnverhältnis zu treten. Der freie Arbeitsvertrag kommt auf, auf dem Lande aber entsteht die Leutenot, die im Widerspruch steht zu dem beginnenden Menschenüberschuß in der Stadt. Dieses Fehlen an Menschen auf dem Lande hat die Großgrundbesitzer zu einer Maßnahme veranlaßt, die Aereoboe das größte Verbrechen nennt, das in der deutschen Volkswirtschaft des 19. Jahrhunderts begangen ist, nähmlich zur Heranziehung der ausländischen Wanderarbeiter. Diese konnten bei ihrem niedrigen Lebensstandard mit einem ganz geringen Lohn auskommen und untergruben so die Lebensverhältnisse der deutschen Landarbeiter. Immer mehr wanderten diese die Stadt ab. Eine Folge dessen war es, daß der Großgrundbesitzer gegenüber dem Bauerntum gestärkt wurde.

Großgrundbesitz und Abwanderung.

Im Osten Deutschlands herrschte der Großgrundbesitz vor. Sering[1]) hat in seiner Schrift „Die Verteilung des Grundbesitzes und die Abwanderung vom Lande" nachgewiesen, deß die östlichen Gutsbezirke nicht nur weit hinter den westlichen Landgemeinden, sondern auch hinter denen des Ostens an Bevölkerungs-

*) Anm.: „Auch das Wort Bismarcks: Der Tingeltangel sei schuld, daß das Land veröde ..." citiert bei Sombart, Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, 1. Halbband, S. 419, München 1927.

[1]) s. S. 13

dichte zurückbleiben, und zwar als Folgeerscheinung der starken Abwanderung. Die Vorherrschaft des landwirtschaftlichen Großbetriebes entvölkert das Land, einerseits als Folge der Bodennutzung und andererseits als Folge der dort herrschenden Arbeitsverhältnisse. Der landwirtschaftliche Großbetrieb verwendet weniger Arbeitskräfte als der Kleinbetrieb. Besonders dann, wenn der Großbetrieb zur extensiven Bewirtschaftung übergeht, z.B. wenn größerer Landanfall infolge der Aufhebung der Leibeigenschaft und das Fehlen der fronpflichtigen Bauern den Großgrundbesitzer dazu zwanen. Oder es wurde zur kapitalintensiven Bewirtschaftung übergegangen. So steigerten die künstlichen Düngemittel die Bodenerträge erheblich, ohne daß der Aufwand an Arbeitskräften stieg. So beginnt aus Mangel an Arbeit in den landwirtschaftlichen Großbetrieben eine große Abwanderung vom Lande in die Städte, die dadurch an Bevölkerungszahl wuchsen.

Die Saisonarbeit.

Bald machte sich jedoch ein Leutemangel bemerkbar. Der Strom vom Lande weg zur Stadt hin dauerte trotzdam an. Denn von ganz einschneidender Bedeutung war das Aufkommen der Dreschmaschinen. Das Dreschen mit dem Flegel in der stillen Zeit des Winters hörte als Beschäftigung auf. Durch diese und andere Maschinen wurden Arbeitskräfte gespart. Mit zunehmender Intensivierung der Landwirtschaft wird das Mißverhältnis des Arbeitsbedarfes zwischen Sommer und Winter immer größer. Der Uebergang zur Fruchtwechselwirtschaft, die Einführung der Kreissäge für die schnellere Holzverarbeitung und der Fortfall der häuslichen Gewerbebetriebe im Winter als Folge der Industriekonkurrenz verschoben das Verhältnis der Winter- und Sommerarbeit und stempeln die Landarbeit immer mehr zur Saisonarbeit. Findet der Landarbeiter im Winter keine Arbeit auf dem Lande, so wendet er sich zur Stadt, um dort seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Die Folge des ungleichen Arbeitsbedarfes ist daher, daß viele Menschen dem Lande verloren gegangen sind und zu dem starken Anwachsen der Städte beigetragen haben.

Verdrängung des Gewerbes durch die Industrie.

Auch andere Kreise werden zum Fortzug gezwungen. Hatte die vorwärtsdrängende Fabrikindustrie die gewerblichen Nebenbeschäftigungen auf dem Lande in Wegfall gebracht, so hat sie auch dazu geführt, daß der früher auf dem Lande ansässige gewerbliche Kleinbetrieb z. T. ganz verschwunden ist. Die Konkurrenz der billiger arbeitenden Großindustrie konnten meist die Handwerker nicht aushalten und wurden zur Aufgabe ihres Gewerbes gezwungen. Einzelne zogen andere in die Stadt nach, besonders wenn strebsame Elemente gut vorwärts kamen und als Qualitätsarbeiter in einem größeren Unternehmen eine gut bezahlte Stellung erhielten.

Uebervölkerung auf Grund des Bodenertragsgesetzes.

Die Landwirtschaft steht bekanntlich unter der Wirkung des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag. Bei Mehraufwand von Kapital- und Arbeitsaufwendungen wächst auf die Einheit des Bodens der Ertrag, und zwar absolut und relativ bis zum Optimum: hier stehen Roherträge und Aufwendungen im günstigsten Verhältnis zu einander. Werden die Aufwendungen von Kapital und Arbeit weiter vergrößert, so wächst der Ertrag noch absolut, aber relativ nimmt er ab, d. h. jenseits des Optimums ergeben zusätzliche Aufwendungen immer mehr abnehmende Zuwachserträge bis zu einem Maximum; das ist die absolut größte Ertragsmenge, die aus dem Boden herausgewirtschaftet werden kann. Jenseits des Maximums ergeben zusätzliche Aufwendungen keine Ertragssteigerungen mehr. Die Geltung dieses Gesetzes ist ein wichtiger Grund für die Notwendigkeit der Abwanderung vom Lande. Bestätigt wird dies durch die Untersuchungen Serings für Westdeutschland.[1]) Die Bevölkerungskapazität war für das betreffende Gebiet erreicht unter den herrschenden Preisverhältnissen. Wenn in diesen furchtbaren Gebieten (nördlich von Aachen) die Bevölkerung abgenommen hatte, so schließt Sering daraus, daß hier das höchste Maß von Siedlungsdichtigkeit erreicht war, welche die jetzigen Wirtschaftsverhältnisse zulassen. Bei starker Bevölkerungsvermehrung muß also der überschüssige Teil seine Mahnung an einem anderen Platze suchen und wendet sich so der Stadt zu.—

Entwicklung der Städte durch Verwaltungsakte.

Der innere Grund für die Urbanisierung Deutschlands sind die oben geschilderten Wanderungen. Es müssen aber noch zwei andere Gründe, äußerlicher Art, für die Umwälzung der Bevölkerung berücksichtigt werden.

Eingemeindungen.

Zur Vermehrung der Stadtbevölkerung hat die Eingemeindung ländlicher Vororte in die benachbarten Städte beigetragen. Schlagworte wie Zentralisation, Großindustrie und Großstadt kennzeichnen die Richtung der Kommunalpolitik vor dem Umbruch. Es sei nur ein Beispiel erwähnt: der ehemalige Oberbürgermeister Böß wollte Berlin innerhalb kurzer Zeit durch Eingemeindung zur 10 Millionenstadt erweitern. Solch kommunale Fehlleitungen haben in vieler Hinsicht unheilvolle Wirkungen gezeitigt.

———————

[1]) Sering: Die Verteilung des Grundbesitzes und die Abwanderung vom Lande S. 8.

Aufrücken der wachsenden Gemeinden in höhere Größenklassen.

Ferner hat zur städtischen Agglomeration der Umstand beigetragen, daß Gemeinden in die folgende höhere Gemeindegrößenklassen aufgestiegen sind, da sie die für ihre Größenklassen erforderliche Einwohnerzahl überschritten hatten. So sind alle die Landgemeinden, die in den Kreis der Städte aufgestiegen sind, statistisch dem Lande verloren gegangen. So läßt sich auch z. T. die außerordentlich starke Zunahme der großstädtischen Bevölkerung auf die Tatsache zurückführen, daß Mittelstädte infolge starker Vermehrung zu Großstädten emporgewachsen sind.

Es haben nicht nur die Wanderungen von ländlichen Bezirken in die Städte, sondern auch die städtische Eingemeindungspolitik und der Aufstieg von Gemeinden in höhere Größenklassen dazu beigetragen, daß sich das Verhältnis zwischen Stadt und Land derartig einschneidend verschieben konnte, wie es im folgenden mit seinen verherenden Auswirkungen näher dargestellt werden soll.

b) Die Großstadt und ihre heutige Form.

An die Stelle der Auswanderungen über die Reichsgrenzen, die mit zunehmender Industrialisierung nachließ, trat eine außerordentliche intensive deutsche Binnenwanderung, die sich nach den deutschen Städte-, Industrie- und Handelszentren, also vom agrarischen Osten nach dem industriellen Westen richtete. So entstanden „gewaltige Zusammenballungen von Bevölkerungsmassen, die in der Form eines geradezu ungestümen Wachstums der Großstädte ihren sinnfälligsten Ausdruck fanden."[1])

Besonders stark war die Großstadtbildung vor dem Weltkrieg. Im Zeitraum 1871 — 1910 erfolgte innerhalb des Gebietes, das 1910 zu den Großstädten gehörte, eine Bevölkerungszunahme von durchschnittlich jährlich 25 a. T. gegen 12 a. T. im gesamten Reichsdurchschnitt; in den Jahren 1910 — 1925 haben die Großstädte im Gesamtdurchschnitt innerhalb ihres Weichbildes von 1925 noch eine durchschnittlich jährliche Zunahme von 6 a. T. aufzuweisen, während ihre natürliche Zuwachsrate nur auf 2 a. T. zu beziffern ist. Seit der Volkszählung von 1925 hat die Großstadtbevölkerung zahlenmäßig vor allem noch durch die großen Eingemeindungen zugenommen.[1])

Nach „Wirtschaft und Statistik"[2]) beläuft sich die ortsanwesende Bevölkerung der Großstädte, d. h. der Gemeinden mit 100.000 und mehr Einwohnern, auf insgesamt 19,7 Mill. oder 30,19 % der Reichsbevölkerung (ohne das Saargebiet). Fast jeder dritte Reichsbewohner lebt heute in der Großstadt; 1925 war es jeder vierte. Einschließlich Saarbrücken zählt das deutsche Reich

---

[1]) Burgdörfer: Zurück zum Agrarstaat S. 30.
[1]) nach Burgdörfer: Zurück zum Agrarstaat a. a. O.
[2]) Wirtschaft und Statistik 13. Jg., N. 13 vom 15. 7. 33.

53 Großstädte.[1]) Ueber die großstädtische Entwicklung seit der Reichsgründung gibt folgende Uebersicht Aufschluß:

Jahr	Zahl der Großstädte	Einwohnerzahl	v. H. der Reichsbevölkerung
Unter Zugrundelegung des jeweiligen Gebietsstandes des Reiches und der Großstädte.			
1871	8	1.968.537	4,8
1880	14	3.273.144	7,2
1890	24	5.997.542	12,1
1900	33	9.120.290	16,2
1910	48	13.823.348	21,3
1925	45	16.436.594	26,3
1933	52	19.662.143	30,1

Durch Eingemeindungen und Bevölkerungszuwachs sind zu den 16,4 Mill. Großstadtbewohnern von 1925 weitere 3,2 Mill. oder 19,6 % hinzugekommen. Die in der Hauptsache durch Zuwanderung bedingte Zusammenballung der Bevölkerung in der Großstadt hat seit 1925 — und zwar bis 1929 — weitere Fortschritte gemacht. Aber in den letzten Jahren hat die Zuwanderung nachgelassen, sie hat sich sogar in Auswirkung der scharfen Wirtschaftskrisis teilweise in eine Abwanderung aus den Städten verkehrt. Seit 1930 haben die Großstädte in ihrer Gesamtheit einen Wanderungsverlust von über $^1/_4$ Mill. Menschen zu verzeichnen.

Der Umschwung in der Bevölkerungsentwicklung der sich in den Städten bereits im 1. Halbjahr 1933[2]) durch eine Zunahme der Eheschließungen und durch das allmähliche Abflauen des Geburtenrückganges ankündigte, trat im weiteren Verlauf des Jahres voll in Erscheinung.[3]) Die Zunahme der Heiratshäufigkeit erfuhr in der 2. Jahreshälfte durch die gesetzliche Förderung der Eheschließung und infolge des Rückganges der Arbeitslosigkeit eine außerordentlich starke Steigerung. Dazu machte sich nunmehr auch eine, wenn nur zunächst auch geringfügige, Zunahme der Geburtenzahl bemerkbar.

Im Jahre 1934 sind nach der Darstellung des Statistischen Reichsamtes[4]) in den deutschen Großstädten insgesamt 243.855 Eheschließungen vollzogen worden gegenüber 203.363 im Jahre 1933 und nur 163.416 im Jahre 1932. Eine noch weit erfreulichere Steigerung weist die Zahl der Lebendgeborenen auf. Es stehen nämlich insgesamt 279.178 Geburten nur 208.787 in der Vergleichs-

[1]) Dazu kommt als jüngste Großstadt Rostock.
[2]) Wirtschaft und Statistik 13. Jg., Nr. 21 S. 681.
[3]) Wirtschaft und Statistik 14. Jg., Nr. 6 S. 193.
[4]) vgl. Frankfurter Zeitung v. 19. 1. 35.

zeit 1933 gegenüber. Die Zahl der Lebendgeborenen ist damit von 10,9 im Jahre 1933 auf 14,4 je 100 Einwohner im Jahre 1934 gestiegen.*)

Aus dem vorstehenden ist das wachsende Vertrauen der Bevölkerung für die nationalsozialistische Regierung und für eine stabile Wirtschaftslage ersichtlich. Die Großstädte sind an dem Geburtenanstieg in hohem Maße beteiligt; prozentual ist der Anstieg in dem Großstädten höher als auf dem Lande. Es wird aber aber nur deshalb so deutlich, weil in den Städten vorher die Geburtenziffer so erschreckend niedrig war, so weit unter dem Durchschnitt, daß eine geringe Annäherung an normale Verhältnisse Verhältnisse schon als bedeutend erscheint. Berlins Geburtenzahl liegt trotz seines Geburtenanstiegs noch um $^1/_3$ niedriger als der Reichsdurchschnitt; Dresden um nahezu die Hälfte. Die für die Großstädte genannten Zahlen sind also von einem Normalzustand noch weit entfernt.[1])

Wie es um die Großstädte bestellt ist, zeigen die Berechnungen Burgdörfers[2]) über die voraussichtliche Entwicklung der Großstadtbevölkerung bei Ausschaltung der Binnenwanderung.

Jahresdurchschnitte	Jährliche Abnahme der Bevölkerung, Zahlen	
	in 1000	auf 1000 E.
1931/45	— 23	— 0,1
1945/60	— 158	— 8,8
1960/75	— 220	— 15,2
1975/90	— 236	— 20,2

*) **Anm.:** In einem gewissen Umfange ist diese Entwicklung allerdings im Jahre 1935 wieder abgeschwächt worden. Hierzu schreibt „Wirtschaft und Statistik" 16. Jahrg. Nr. 9 1. Maiheft 1936, S. 377: „Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im deutschen Reich im Jahre 1935":
„Nach der außergewöhnlichen Anhäufung von Eheschließungen und der starken Zunahme der Geburten, die im Jahre 1934 der Bevölkerungsbewegung des deutschen Reiches ein besonderes Gepräge gaben (vgl. „W. u. St." 15. Jg. 1935, S. 329), kam im Laufe des Jahres 1935 mehr und mehr wieder die Grundrichtung der deutschen Bevölkerungsentwicklung zur Geltung, die durch die Altersgliederung des deutschen Volkes und ihre zwangsläufigen Veränderungen bestimmt wird. Die Ursachen dieser Entwicklungsrichtungen liegen hauptsächlich in dem besonders starken Geburtenausfall der Kriegsjahre und dem verstärkten Geburtenrückgang der Nachkriegszeit, also in Geschehnissen der Vergangenheit, deren Auswirkungen heute durch keinerlei bevölkerungspolitische Maßnahmen mehr behoben werden können.

[1]) Denn nach den Berechnungen Burgdörfers ist zur Erhaltung unseres Volksbestandes eine Geburtenziffer von 17,4 a. T. nötig!

[2]) Burgdörfer: Zurück zum Agrarstaat, S. 43

Aus der Statistik ergibt sich deutlich, wie wenig die Großstädte künftig in der Lage sein werden, ihren Bestand aus eigener Kraft zu erhalten.

Die Großstädte, die heute 19,6 Mill. Einwohner haben, würden, wenn sie in Zukunft ausschließlich auf ihre eigene Fortpflanzung angewiesen sein würden, an Bevölkerungszahl zurückgehen. Um das Jahr 1990 würden die deutschen Großstädte nur noch rund 10 Mill. Einwohner zählen und in der Folgezeit würde diese Zahl immer rascher sinken.

Stadt und Land statistisch erfaßt.

Wenn wir nun das Stadt- und Land-Problem statistisch erfassen,[1]) so stellt sich heraus, daß durch die Gebietsabtretungen infolge des Krieges — insgesamt 70.580 qkm mit rund 6½ Mill. Menschen — und durch die vorübergehende Herauslösung des Saargebietes aus der deutschen Verwaltung der Bestand an ländlicher Bevölkerung von 26 Mill. auf 22 ½ Mill. Menschen herabgedrückt ist. Die Städte nahmen auch weiterhin zu.

Ländliche und städtische Bev. 1871—1933	Gesamtbev. in Mill.	Davon entfallen auf Gemeinden mit weniger als 2000 (ländl. Bev.) in Mill.	v. H.	Einw. 2000 u. mehr (städt. Bev.) in Mill.	v. H.
Früheres Reichsgebiet					
1871	41,0	26,2	63,9	14,8	36,1
1875	42,7	26,1	61,0	16,6	39,0
1880	45,2	26,5	58,6	18,7	41,4
1885	46,9	26,4	56,3	20,5	43,7
1890	49,4	26,2	53,0	23,2	47,0
1895	52,3	26,0	49,8	26,3	50,2
1900	56,4	25,8	45,6	30,6	54,4
1905	60,6	25,8	42,6	34,8	57,4
1910	64,9	25,8	40,0	39,0	60,0
Reichsgebiet (ohne Saargebiet)					
1910	57,8	22,2	38,5	35,6	61,5
1925	62,4	22,2	35,6	40,2	64,4
1933	65,2	21,5	33,0	44,7	67,0

Anm.: Die natürlichen Bevölkerungsvermehrung ist in der Stadt weit geringer als auf dem Land; so hatten im Jahre 1932 die Gemeinden mit 15000 und mehr Einwohnern im Durchschnitt einen Geburtenüberschuß von nur 1,6 ea.T. der mittleren Bevölkerung, während der Reichsdurchschnitt 4,3 a.T. war. Die geringste natürliche Bevölkerungsvermehrung hatten die Großstädte mit nur 0,8 a. T. der mittleren Bevölkerung.

1933 hatte das deutsche Reich ohne das Saargebiet 65,2 Mill. Einwohner, von denen rund $^2/_3$ in den Städten wohnten. Es ist also nach und nach eine völlige Umkehrung des Anteiles von Stadt- und Landbevölkerung im Vergleich zu 1871 eingetreten.

Von der insgesamt rund 2.778.000 Personen betragenden Bevölkerungszunahme des Reiches im Zählungsabschnitt 1925—1933 sind nur rund 222.000 Personen den ländlichen Gemeinden, dagegen über $2^1/_2$ Mill. den städtischen Gemeinden zugute gekommen. Während die ländliche Bevölkerung um 1% gestiegen ist, hat die städtische Bevölkerung einen Zuwachs um 6,2 % erfahren.

Die Großstadtbevölkerung allein umfaßt in der Rheinprovinz fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung (49,5 %); auch im Lande Sachsen (35,1 %), in Hessen-Nassau (34,4% und in Westfalen (31,3 %) ist ihr Anteil besonders hoch.

Biologische Lebensbilanz von Stadt und Land.

Ueber die biologische Lebensbilanz der Stadt- und Landbevölkerung gibt uns wieder Burgdörfer[1]) Aufschluß.

Geburten-Jst und Geburten-Defizit nach Gemeindegrößenklassen 1927
(Geburten — Soll = 100)

Gemeindegrößenklassen	Geburten-Ist	Geb.—Defizit (—) Geb.—Plus (*)
Berlin	43	—57
Durchschnitt der Großstädte	58	—42
Durchschnitt der Mittel- u. Kleinst.	69	—31
Durchschnitt d. ländl. Gmd.	113	*13

c) Die biologischen, psychologischen und politischen Folgen der Verstädterung.

Wie sich hieraus ergibt, ist die Passivität der biologischen Lebensbilanz unseres Gesamtvolkes bedingt durch die geringe Fruchtbarkeit, bezw. die Unfruchtbarkeit der Stadtbevölkerung.

[1]) Burgdörfer: Zurück zum Agrarstaat a. a. O.

Die Zahl der Städte mit einem Sterbefallüberschuß ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. 1926 hatte von den Gemeinden mit mehr als 15.000 Einwohnern nur einen Sterbefallüberschuß Berlin. 1932 waren es nicht weniger als 49 Gemeinden, darunter 11 Großstädte, 1933 waren es 70 Gemeinden, darunter 14 Großstädte, die mehr Sterbefälle als Geburten aufzuweisen hatten.

[1]) Wirtschaft und Statistik 14. Jg., Nr. 5

Weder Berlin, noch die anderen deutschen Großstädte, noch selbst die deutschen Mittel- und Kleinstädte sind mit ihrer heutigen Geburtenhäufigkeit in der Lage, ihren Bevölkerungsstand selbst zu erhalten, geschweige denn aus eigener Kraft zu erhöhen. Sie schliessen alle mit biologischer Unterbilanz ab. Im Durchschnitt beträgt das Geburtendefizit der mittleren und kleineren Städte bereits ein Drittel, im Durchschnitt der deutschen Großstädte sogar $^2/_5$. Von je 5 Kindern, die zur bloßen Erhaltung der Großstadtbevölkerung geboren werden müßten, kommen in den Großstädten selbst nur 3 zur Welt, 2 müssen von außerhalb zuziehen, wenn die großstädtische Bevölkerung erhalten werden soll. Keine einzige der 50 deutschen Großstädte, die heute annähernd zusammen 20 Mill. Einwohner haben und damit fast jeden dritten Einwohner der Reichsbevölkerung auf sich vereinigen, hat heute noch eine für die die Bestandserhaltung ausreichende Geburtenziffer.

„So leben und wachsen die Städte aus dem lebendigen Blutstrom, der ihnen vom Lande zufließt."[2])

Die Stadt, insbesondere die Großstadt, zieht wie eine gewaltige Saugpumpe[1])

„die besten Kräfte des Volkes, Männer und Frauen im zeugungs- und gebärfähigen Alter an sich, und das Ende all der Blut-, Lebens- und Kraftfülle ist mehr oder weniger freiwillige Unfruchtbarkeit, Aussterben der Familien in der ersten oder zweiten Generation. Die Stadtbevölkerung stirbt von innen heraus ab. Die Städte leben und wachsen vom Lande— nicht nur vom Brote des Landes, sondern vom lebendigen Blutstrom, der ihnen vom Lande zufließt."

Gefahren der Volksverstädterung.

Diese Wanderungen führten auch zu einer gefährlichen Auslese und bedenklichen Wandlung der Geisteshaltung. Die Städte ziehen die begabtesten Menschen an sich. Bieten dann aber auch den erblich minderwertigen Menschen einen Nährboden, auf dem sie sich bedeutend schneller vermehren als die erbgesunden. Darin liegt, so folgert Günther[3]) mit Recht, eine große Gefahr der Verstädterung für jedes Kultur. Die Verstädterung bewirkt also eine negative Geburtenauslese.

Mit der Uebersiedlung in die Stadt geht gleichzeitig ein Wandel in der Gesinnungsrichtung vor sich. Menschen mit den besten Erbanlagen fallen dem Großstadtgeist, der Massenseele oder As-

---

[1]) Burgdörfer: Der Geburtenrückgang und die bevölkerungspolitische Bedeutung des Landvolkes in: Deutsches Bauerntum, H. 2, Bln. 29, S. 41.
[2]) Burgdörfer: Zurück zum Agrarstaat a. a. O.
[3]) Günther: Die Gefahren der Volkverstädterung im W. B. vom 30. 4. 34

phaltkultur anheim, sie werden entwurzelt und seelisch losgelöst von der heimatlichen Scholle.

„Die N.S.-Bewegung", so äußert Maasen in der Landgemeinde, „ist im tiefsten Sinne ein Aufstand des Landes gegen den städtischen Geist, gegen großstädtische Denk- und Lebensweise."[1])

Diese Ablehnung der Stadt und ihrer geistigen Haltung findet sich auch in der sonstigen heutigen Literatur stark ausgeprägt.

Die psychologischen Folgen der Verstädterung bestehen in

„einer seelischen Krankheit, in einem Verlieren der Verbindung zwischen Mensch und Natur, zwischen Mensch und Leben, zwischen den Menschen und den großen Gesetzen des Seins, des Kosmos in sich und außer sich."[2])

Das Instinkt — Sichere des Daseins, wie Sombart sagt, ist dem Stadtmenschen verloren gegangen. So ist

„ein Geschlecht von Menschen herangewachsen, dessen Lebensrhythmus nicht mehr bestimmt wird durch die ewige Naturerscheinung. Mit der Abdrängung der Menschen in die Städte wurden auch die besonderen Beziehungen zu einer bestimmten Natur, zu seiner Heimat zerstört."[3])

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß die Verstädterung unseres Volkes sich biologisch als Entartung,

soziologisch — Entwurzelung,
rassisch — Entnordung

äußerst. Der N.S. fordert dagegen Aufartung, Verwurzelung und Aufnordung.

Dazu kommt noch das Hausen in jenen menschenunwürdigen Wohngegenden, die als sog. Arbeiterviertel den größten Teil aller Großstädte ausmachen.[4])

Die deutsche Wochenschau schreibt hierüber:[5])

„Nicht mit Zahlen auszudrücken ist der Verlust an gesundem deutschen Blut, das in diesem Elendsvierteln mit ihren allen hygienischen Anforderungen spottenden Wohnlöchern Jahr für Jahr zu Grunde geht. Hier waren die Brutstätten aller volkverwüstenden Laster und der volkszersetzenden Gedanken des Marxismus und Kommunismus, hier fand die Theorie vom Klassenkampf, vom Kampf Deutscher gegen Deutsche ihren furchtbarsten Boden. Die Millionengewinne, die die

---

[1]) Maassen: Schulreform vom Lande her in „die Landgemeinde" 45. Jahrg. Nr. 2.
[2]) Groß: Rassenpolitische Erziehung, in Schriften der Deutschen Hochschule für Politik, Bln. 1934, H. 6, S. 22.
[3]) Sombart: Deutscher Sozialismus, S. 32.
[4]) Hugenberg nannte den Aufbau der Großstädte „die größte soziale Sünde der Glanzzeit Deutschlands".
[5]) Kampf dem Bodenwucher! Deutsche Wochenschau vom 14. 7. 34.

meisten Bodenspekulationen einigen Wenigen brachten, sind wohl heute fast alle durch Krieg und Inflation verloren gegangen. Uebrig geblieben sind allein, dem ganzen deutschen Volke als warnendes Beispiel, jene volkszerstörenden Wohnhöhlen."[1])

2) Wirkung der Industriestreusiedlung auf Landwirtschaft und Landbevölkerung.

Verstädterung und Landflucht haben auf weiten Strecken eine dichtere Besiedlung des flachen Landes verhindert.*) **) Um diesen Zerstörungsprozeß aufzuhalten, genügt es nicht, nur landwirtschaftliche Siedlungen zu schaffen. Nicht alle Gebiete eignen sich für die Errichtung kleiner und mittlerer Betriebe. Oft wird der bestehende Großbetrieb für die Bedürfnisse des Volksganzen so wichtig sein, daß eine Zerschlagung bedenkliche Folgen nach sich zieht. In sehr vielen Fällen hängt auch der landwirtschaftliche Siedlungsbetrieb in der Luft, weil er für die typischen Produkte des Kleinbetriebes wie Gemüse, Obst und Molkereiprodukte nicht den nötigen Absatz findet. Manchmal wird auch der Ertrag des kargen Bodens nicht ausreichen, um eine Familie zu erhalten.

Um diese Siedlungen lebensfähig zu machen, muß für den nötigen Absatz der Produkte und gleichzeitig für einen zusätzlichen Erwerb der Siedler gesorgt werden. Beides wird erreicht, wenn in die landwirtschaftlichen Siedlungsgebiete Industriebetriebe eingestreut werden. Noch an einer anderen Stelle wird darzustellen sein, weshalb diese Industriebetriebe zu einer verstärkten Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten insbesondere nach Obst, Gemüse und Molkereiprodukten führt. Man könnte es auch so ausdrücken, daß jeder neue Industriebetrieb einen inneren Thünenschen Ring der Gemüse- und Molkereiproduktion um sich legt. Gleichzeitig schafft der Industriebetrieb selbst zusätzliche Arbeit für einen großen Teil der Siedler.

---

[1]) Diese Wohnhöhlen stammen nicht aus der Inflation, sondern schon aus den Gründerjahren.

*) So teilt der Arbeitsbericht „Nationalsozialistische Aufbauarbeit in Ostpreußen", herausgegeben im Auftrage des Oberpräsidiums Königsberg Pr., 1934, auf S. 3 mit: „Die Provinz hatte im Jahre 1861 eine Gesamtbevölkerung von rd. 1.856.000 gegenüber 2.333.000 nach der letzten Volkszählung v. 16. 6. 33. Der Bevölkerungsstand hat sich nur um 25,7 % vergrößert (Rheinland und Westfalen nahmen um 137,1 bezw. 211,4 % zu). Ohne die Städte Königsberg etc. beträgt der Bevölkerungszuwachs überhaupt nur 5,4 %.

**)Anm.: Während die Bevölkerung im Durchschnitt in allen Ländern und Reg. Bez. von 1919 — 25 nur 7,98 % zugenommen hat, nahm sie im Reg. Bez. Gumbinnen 2,36 %, Allenstein 4,17 %, Frankfurt a/O. 4,81 % zu. (Vgl. Stat. Jahrb. f. d. dtsch. Reich 1932, S. 6)

Die Einstreuung von Industrien führt zu einer verstärkten Nachfrage nach Lebensmitteln, erzwingt den Uebergang von der extensiven zur intensiven Kultur. Alle Intensivierung führt dazu, daß mehr Menschen auf dem gleichen Bodenstück Beschäftigung finden. Der Beschäftigungsgrad wird noch dadurch verstärkt, daß die Industrie Arbeiter benötigt. Diese verstärkte Doppelbeschäftigung stellt einen Anreiz dar, die Geburtenrate dieser Gebiete zu erhöhen. Die Familienväter aus den Siedlungen, die in den neuerrichteten Industriebetrieben beschäftigt sind, haben nicht genügend Zeit, um sich mit ihrer Landwirtschaft zu beschäftigen. Zur Bezahlung von Knechten und Mägden reichen die Einnahmen des Bodens natürlich nicht aus. Der Landwirt-Industriearbeiter muß also möglichst viel Familienangehörige haben, um den landwirtschaftlichen Betrieb neben seinem industriellen Erwerb aufrecht erhalten zu können. Der Siedler muß also möglichst viele Kinder haben, um seinen doppelten Beruf erfüllen zu können. Jugendliche und weibliche Familienangehörige lassen sich bei Obst- und Gemüsekulturen recht gut verwenden, denn die Arbeit setzt nicht so viel Kraftanstrengung voraus, wie die Beschäftigung in der Getreidewirtschaft. Dafür wird aber eine große Geschicklichkeit benötigt, die gerade in jugendlichen Altersklassen und bei Frauen eher zu finden ist als bei erwachsenen männlichen Mitgliedern der Siedlung.

Eine solche innere Verpflechtung von Landwirtschaft und Industrie ist selbstverständlich hier nru als Ideal gekennzeichnet, über dessen Verwirklichung erst in den folgenden Kapiteln gesprochen werden soll. Zu dieser idealen Industriestreusiedlung gehört noch eine möglichst weitgehende Abstimmung der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe auf einander. Die umliegenden Landwirtschaft produziert das an Lebensmitteln, was die Industrie benötigt, gleichzeitig liefern die Siedlungen die nötigen Arbeitskräfte. Auch die Grundlage des Industrieabsatzes werden die umliegenden Siedlungen sein müssen. Allerdings kann sich die Industrie auf die Dauer mit diesem Absatz nicht zufrieden geben, da sie Rohstoffe aus anderen Gebieten bezieht, muß sie sehr produzieren, als an ihrem Standort benötigt wird. Schon hier muß darauf hingewiesen werden, daß diese Auswiegung von Landwirtwirtschaft und Industrie ein sehr schwieriges Problem darstellt. Gelingt es dieses zu lösen, dann ist die Möglichkeit gegeben, eine weitere Landflucht zu verhindern, die Landwirtschaft zu intensivieren. die Geburten innerhalb der Bauernbevölkerung zu vergrößern und die Einkommen durch die Doppelbeschäftigung zu erhöhen. In den Gebieten, in denen die Landflucht noch immer am stärksten sich bemerkbar macht, in Ostdeutschland, müssen derartige Siedlungen vorerst geschaffen werden. Ostdeutschland ist

---

*) **Anm.:** Diese erhöhte Kinderzahl ist wirtschaftlich und vor allem militärisch berechtigt. Ob aber Kinder im schulpflichtigen Alter zu ständiger Arbeit so herangezogen werden dürfen, ist aus sozialen, hygienischen, kulturellen und menschlichen Gesichtspunkten zu bezweifeln.

aber nicht nur deshalb der geeignete Boden für die Industriestreusiedlung, sondern auch aus einem anderen Grunde. Hier muß ein Grenzwall gegen die Unterwanderung errichtet werden.

3.) Wehrpolitische Folgen

Von grundsätzlicher Bedeutung für die wehrgeorgraphische Lage des Staates und daher Ausgangspunkt jeder Betrachtung sind seine Grenzen. Die Art und die Oberflächengestaltung der Grenze kann sehr verschieden sein. Bei unseren offenen Grenzen im Osten kommt es einmal darauf an, einen lebenden Grenzwall gegen die Unterwanderung und Untervölkerung zu schaffen.*)

Der deutsche Osten ist aber bekanntlich sehr dünn bevölkert. Wir haben bisher den gefährlichen raumpolitischen Fehler begangen, indem wir nicht nur einzelne Stellen, Lücken, sondern weite Landstriche im Grenzgefüge offen ließen.

Nach der Behandlung der These des „sozialen Zeitpessimismus" schreibt Mühlner[1]) im Hinblick auf unseren Osten:

> „Unsere östlichen Nachbarn werden sich vermutlich nicht von uns vorschreiben lassen, daß sie sich im Interesse einer einheitlichen Bevölkerungsbewegung dem deutschen

---

*) **Anm.:** Ueber die Größe der polnischen Unterwanderung sind wir noch immer recht mangelhaft unterrichtet. Die Zahlen aus dem Stat. Jahrb. sind nicht genügend spezialisiert. Vor allen Dingen müßten wir wissen, wieviel Ausländer in den einzelnen an der Grenze liegenden Landkreisen vorhanden sind. Und dann scheint es zweifelhaft, daß überhaupt alle Landarbeiter und darüber hinaus alle polnischen Einwanderer von der Statistik erfaßt worden sind.

Die Statistik der Ausländer im deutschen Reich nach dem Stat. Jahrb. 1935, S. 16 sieht folgendermaßen aus (nach dem Stande v. 16. 6. 33):

Prov.	Zahl	% d. Gesamtbevölk.
Ostpr.	24.283	1,0
Berlin	104.616	2,5
Brandenb.	28.077	1,0
Pommern	15.031	0,8
Grenzmark	2.186	0,6
Niederschl.	44.555	1,4

S. 31$_0$: Ausländische Arbeitnehmer .....

Landarbeiter, Gärtnerei	51.662
Häusliche Dienst	16.225
Ungelernte Arbeiter	14.535
Bekleidungsgewerbe	8.035
Nahrungs- u. Genußmittel	4.129
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	4.329
Angestellte	33.431
	208.777

[1]) Mühlner: Land ohne Kinder — Land ohne Zukunft, Bln. 1934, S. 68.

Geburtenrückgang anzupassen hätten. Wir stehen hier einfach vor der Alternative, uns wieder aufzuraffen und wenigstens unseren Volksbestand zu wahren, oder eines Tages dem Menschendruck vom Osten nachzugeben."

Wir müssen der Grenzwirtschaft besondere Aufmerksamkeit schenken und dafür Sorge tragen, daß wir im Osten Menschen ansetzen, die dem äußeren Druck standhalten, und im Westen gefährdete Zonen möglichst abbauen; denn 45 von 53 Großstädten liegen im direkten Schußbereich der Nachbarn. Noch größer als die Industrieagglomeration ist die Ballung der Bevölkerung. Ein Fünftel aller Deutschen hat dort Arbeits- und Wohnstätten zugleich. Mit dem Land sollen aber schließlich die Menschen verteidigt werden.

Von dieser Warte besehen, erscheint uns das Grenzraumproblem von besonderer Schwere. Daß der deutsche Osten dünn besiedelt ist, wurde eben gesagt. Wie ernst aber die Tatsachen liegen, zeigt ein Zahlenvergleich. Jenseits der Grenze, etwa in der Weichselniederung, besteht ein Volksdruck von 125 und mehr Menschen auf den qkm, diesseits nur etwa 25 — 35.[1]) So entstehen Unterwanderungen. Mit der sinkenden Geburtenziffer der deutschen Verstädterung rechnet die polnische Wissenschaft als mit einer Zukunftsmöglichkeit zur Gewinnung des deutschen Ostraumes bis zur Oder. „Mit einem solchen Ziel, fährt Haushofer fort, „bringt die italienische Volkspolitik Menschen niederer Lebens- und Kulturhaltung in die einst deutschen südtiroler Alpenländer hinauf, schiebt der Zukunftsglaube der Tschechen die Siedlungskeile auf Egerland, Waldmünchen und Cham gegen die menschenarme bayerische Ostmark, gegen das östereichische Waldviertel vor."

Wo verkehrtes bevölkerungspolitisches Gefälle aus fremdem Volkstum gegen die Grenzen läuft, da muß, um ein Unterwandern oder gar Abreißen von Teilen zu verhindern, ein Wall von Siedlern, eine in sich lebenskräftige, mit dem Hinterland durch starken Blutstrom verbundene Siedlung geschaffen werden. Nur so kann man Grenzen bevölkerungspolitisch halten und verteidigen.

Der verringerte Blutdruck an der Grenze zeigt volkspolitische Ermüdungserscheinungen. Hier im Grenzsaum setzt der Kampf gegen Landflucht ein, Verstädterung und Rassemüdigkeit; denn hier ist die Gefahr am größten.

„Damit werden die Grenzgaue eines Volksbodens zwangsläufig zu Druckmessern und Lebenskraftanzeigern der Volkskraft, und ihre dauernde volkspolitische Beobachtung wird zu

---

[1]) vgl. Haushofer: Geopolitische Grundlage, in „Die Verwaltungsakademie", Band I, Gruppe 2, Abschnitt 46.

einer der vornehmsten Selbsterhaltungspflicht eines jeden Volkskörpers.

In dieser Richtung haben wir uns in Mitteleuropa schwerer Unterlassungssünden schuldig gemacht.

Ohne Selbsttäuschung müssen wir alle Fehler sehen wie die volkspolitischen Krankheitserscheinungen: Landflucht, Verstädterung, ... und Einkehr halten. Nur so werden bei bevölkerungspolitischen Augiasstallreinigungen wirklich Dauerergebnisse erzielt."[1])

Darum Neuordnung vom Boden, vom Raume her. Hier kann, wie unten ausgeführt wird, durch eine industrielle Revierstreuung das Land mit den Industrien durchsetzt werden, die sich auf dem ländlichen Bedarf aufbauen, und nicht unmittelbar für die Landesverteilung notwendig sind. Ein festes Geflecht bodenständiger Grenzbevölkerung muß so geschaffen werden.

Ein weiterer Gesichtspunkt grenzwirtschaftlicher Betrachtung tritt uns bei den grenznahen Großstädten entgegen. Durch diese Agglomeration sind lebenswichtige Betriebe stark gefährdet. Es ist natürlich außerordentlich schwer, diese z. T. rohstoffgebundenen Industrien aus der Stadt herauszuziehen und auf dem Lande zu zerstreuen. Weiter unten werden wir uns gegen eine Umsiedlung stehender Industrien wenden. Die Planungspolitik kann aber verhindern, daß neue Industrien wiederum in Agglomerationsgebieten errichtet werden.*) Auch schon auf diesem Wege wird die Gefährdung der Wehr- und Nahrungsfreiheit vermindert. Das Ideal muß eine dezentralisierte Erzeugung der Güter sein. Um dies zu erreichen, ist die Industriestreusiedlung die geeignete Handhabe. Gerade auf dem Gebiet der Wehrgeographie muß der Staat das Heft in die Hand nehmen und ein laisser faire, laisser aller ein für alle Mal beseitigen.

4.) Der Industriestandort gestern und heute.

Der wirtschaftliche Zusammenhang von Agrarwesen und gewerblicher Verarbeitung einer Landschaft ist somit bedeutungsvoll. Der Mangel eines solchen Zusammenhanges zieht schwere Schädigungen eines Landes nach sich. Um eine solche Industriestreusiedlung auch vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus durchsetzen zu können, müssen die Gesetze der Standortslehre beachtet werden. Die Standortslehre, wie sie von Thünen A. Weber, Engländer und Predöhl entwickelt worden ist, nennt natürlich nur die wirt-

[1]) Haushofer, Die Grenze als bevölkerungspolitische Aufgabe, in Reichsplg., 3/35, S. 65 ff

*) **Anm.**: Bezeichnend sind hier die Probleme der Landesplanung in Verbindung mit der Landesverteidigung: die Verlegung der russischen Schwerindustrie in weit entfernte Gebiete, die für den Angreifer nahezu unerreichbar sind (Ural). — Interessant auch die Lösung des Problemes in Italien, die ganz unter dem Gesichtspunkt steht, Italien im Falle eines Konfliktes in der Getreideversorgung vom Ausland autark zu machen.

schaftlichen Gründe der Standortauswahl. Das Problem, das sich die genannten Schriftsteller gestellt haben, lautet: Wie kann ein Standort gewählt werden, aus dessen Wahl die geringsten Kosten erwachsen. Ein solcher Standort ist natürlich nicht nur der privatwirtschaftlich der rentabelste, sondern auch der volkswirtschaftlich optimale, in dem Sinn, daß die Volkswirtschaft die alleinige Aufgabe hat, ein Maximum an nachgefragten Gütern zu produzieren. Dieser Sinn der Volkswirtschaft ist nicht identisch mit den heutigen politischen Vorstellungen. Neben und vor das Gütermaximum treten drei neue Gesichtspunkte:[1])

1. Der rassen- und bevölkerungspolitische Gesichtspunkt, um dessentwillen die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine gesunde Familiengründung und ein gesundes Familienleben möglichst großer Teile des Volkes in naturgebundener Umgebung geschaffen werden muß.
2. Der sozialpolitische*) Gesichtspunkt, um dessentwillen namentlich für das bodenverbundene Zusammenleben der Hauptberufsgruppen Sorge getragen werden muß und
3. der wehrpolitische Gesichtspunkt, der nach Möglichkeit eine Entballung der großen Industriegebiete und eine gleichmäßige Verteilung der Industrie auf die einzelnen deutschen Gaue erforderlich erscheinen läßt.

Es besteht die Notwendigkeit, in der weiteren Darstellung die drei Forderungen in ein vom reinen Rentabilitätsgesichtspunkt ausgearbeitetes Standortsschema einzubauen. Der Staat muß die Standortslagerung steuern. Er muß sich selbstverständlich darüber klar sein, daß jede Steuerung mit einer Minderung des Gütertrages erkauft werden muß. Er wird aber die Steuerung durchführen, da ihm die Verwirklichung der drei Forderungen wichtiger ist, als das Gütermaximum. Eine freie, ohne staatliche Eingriffe durchgeführte Standortsverteilung, müßte nämlich immer wieder jene Großstadtzusammenballung verstärken, von der wir anfangs gesprochen haben.

Trotzdem der Staat eingreift, bleiben die wirtschaftlichen Gesetze, nach denen der Standort sich richtet, grundsätzlich bestehen. Die staatlichen Eingriffe können sich nicht gegen diese wirtschaftlichen Kräfte richten, sondern sie müssen diese selbst sich zum Nutzen machen, um ihre Ziele zu erreichen. Konkreter gesprochen: Bei einer auf Industriestreusiedlung gerichteten Politik muß der Staat davon ausgehen, daß seine Maßnahmen wirklich die gewünschten Erfolge haben und nicht ungewünschte Nebenwirkungen hervorbringen, die das ganze Vorhaben illusorisch machen.

---

[1]) Lehmann: Industrielle Standortlehre gestern und heute in Reichsplanung 12/35 S. 375.

*) **Anm.:** Es ist der gleiche Gesichtspunkt, den wir als agrar- und bevölkerungspolitisch gekennzeichnet haben.

Alle technischen und wirtschaftlichen Probleme, die mit der Raumgestaltung zusammenhängen, müssen jedenfalls so gelöst werden, daß die Einheit des Volkes, insbesondere die Einheit von Volk und Raum, Blut und Boden, verwirklicht wird.

II. Kapitel.

Wo finden sich solche Industriestreusiedlungen?

a) In Deutschland: Württemberg

Wenn heute um eine Neuordnung des deutschen Lebensraumes gerungen wird, so ist die Aufstellung des Jst-Zustandes Voraussetzung hierzu. Auf dem Ergebnis des Jst aufbauend, werden dann die Probleme des Soll behandelt werden mit der Zielrichtung einer neuen, uns bewußten Raum-, Wehr-, Siedlungs- und Kulturpolitik.

Oft ist die Frage aufgetaucht, warum sind die Lebensbedingungen im südwestdeutschen Industrieraum so günstig, und wie kommt es, daß gerade Württemberg über eine besondere Krisenfestigkeit verfügt.

Betrachtet man das Kräfteverhältnis zwischen Landwirtschaft und Industrie, muß man feststellen, daß es weit ausgeglichener ist, als im Reich. In Württemberg entfallen von der Gesamtbevölkerung 33 % auf die Landwirtschaft und 40 % auf Industrie und Handwerk, während der Anteil der Landwirtschaft im Reich 23 % beträgt und der der Industrie auf 41,3 % steigt.[1])

Um zu zeigen, in welcher Weise Landwirtschaft und Industrie zu einander gelagert sind, soll kurz die Entwicklung zur heutigen Struktur gegeben werden. Geographisch und klimatisch sind keineswegs die Voraussetzungen zu einer einheitlichen Entwicklung gegeben. Durch Neckar, Rauhe Alb und Donau wird das Land in 3 Teile gerissen: Oberschwaben wird vom Bodensee aus wirtschaftlich erfaßt. Da klimatisch fast alle Zonen vertreten sind, müßte man also ein Gebiet uneinheitlicher Wirtschaftsräume vorfinden, das größere landwirtschaftliche Besitzungen nicht zuläßt, zumal die politische Zerrissenheit des Landes früher eine Ausrichtung auf eine Metropole unmöglich machte.

Hinzu kommt, daß vom verkehrstechnischen Standpunkt Württemberg bis zur Entwicklung der Eisenbahn — und diese trat in W. erst spät ein — außerhalb der Hauptverkehrswege lag, die den Rhein entlang führten. Somit konnten auch auf dem Wasserwege keine Rohstoffe an das an sich sehr rohstoffarme Württemberg herangebracht werden, zumal eine große natürliche Wasserstraße nicht vorhanden war.

Obwohl wir in Württemberg diese ungünstigen Faktoren vorfinden, stehen wir vor der Erscheinung der sprichwörtlichen Krisenfestigkeit dieses Landes. Welche Erklärung ist nun hierfür zu suchen?

Die Gründe liegen in der Eigenart der landwirtschaftlichen Verhältnisse und in der gewerblichen Entwicklung des Landes.

[1]) Vgl. Krehl: „Württembergische Qualitätsindustrie in der Krise" in: Anzeiger für Berg-, Hütten- und Maschinenwesen 1933 vom 26. 5. 33.

Die in Württemberg herrschende Realteilung begünstigte den Erwerb von Land,; die freie Teilbarkeit des Grundbesitzes ließ in großem Umfange den kleinbäuerlichen Betrieb und den Zwergbetrieb entstehen unterstützt durch die starke Allmendehaltung der Dörfer. Dieser kleine Besitz genügte bald nicht mehr zum Lebensunterhalt und wurde Sprungbrett für die Schaffung von Gewerbebetrieben. Wer nicht auswandern wollte, mußte zu einer neuen, gewerblichen Verdienstmöglichkeit greifen. Gerade diese Menschen, die sich zähe mit dem mageren Boden abmühten, brachten die Beharrlichkeit und Initiative mit, die zu den hauptsächlichsten Unternehmertugenden gehören. Die starke Bevölkerungszunahme im 19. Jahrhundert förderte die Ausdehnung von Handwerk und Gewerbe. Erleichtert wird dieser Prozeß durch die Gewerbeverfassung, die das Handwerk nicht auf die Städte beschränkte. Da nun durch die Realteilung die Arbeitskräfte über das ganze Land verteilt waren, paßte sich dem die Industrie durch das Verlagssystem an. Daher finden wir die Streuung der Industrie.

Diese kann einmal hervorgerufen sein durch die „Einstreuung von industriell tätigen Menschen in ein landwirtschaftliches Weichbild"[1]) oder „durch die Einstreuung industrieller Betriebe in landwirtschaftliche Gebiete". Götz Briefs bezeichnet in seinem Aufsatz[2]) die gemischt wirtschaftsräumliche Dezentralisation mit „Gemengelage von Industrie und Landwirtschaft."*) Es kann dann auch eine Verbindung von Landwirtschaft und Industrie über den Wohnort der industriell tätigen Menschen geben, wie dies z. B. im Stuttgarter Industriebezirk der Fall ist. Das Standortmoment der Arbeitskräfte ist demnach in Württemberg maßgebend. Das ergibt sich besonders aus einer Gegenüberstellung von Wohn- und Arbeitsort. Nach den Erhebungen des württembergischen Statistischen Landesamtes haben in Württemberg 1925 6 % der Gesamtbevölkerung und 10,1 % der Erwerbstätigen ihre Arbeitsstätte nicht am Wohnort.[4]) Die Betriebe sind also derart über das Land hin dezentralisiert, daß jede zehnte Person zwischen Wohn- und Arbeitsstätte pendelt.

[1]) E. Willeke: Die Arbeitsmarktgestaltung unter dem Einfluß der wirtschaftsräumlichen Dezentralisation, in: Jahrbücher für Natök. u. Statistik, Band 132, 1930, S. 543 ff.

[2]) G. Briefs: Revierbildung und provinziale Streuung der Industrie, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, 67. Band, 1. Heft, März 1932, S. 29 ff.

*) H. Hoffmann weist in ihrer Arbeit: Landwirtschaft u. Industrie in Württemberg, erschienen in : Zum wirtschaftlichen Schicksal Europas (hrsg. v. C. Brinkmann) II. Teil, S. 19 darauf hin, daß es irrig sei, anzunehmen, W. sei das Land der dezentralisierten, ländlichen Industrie schlechthin. Sie zeigt in ihrer Arbeit das Vorhandensein der „Industriestraße" von Heilbronn über Bietigheim nach Stuttgart, Eßlingen, Plochingen neben der Gemengelage auf.

[4]) vgl. zu H. Hoffmann S. 71: J. Griesmeyer: Die Pendelwanderung in Württemberg.

„Eigene Rohstoffe können nötigenfalls entbehrt werden. Der schöpferische Mensch allein ist unentbehrlich zur Schaffung von Industrien,"

sagt Mehmke im Hinblick auf Württemberg.[1])

Während Württemberg als das „klassische Land der Freiteilbarkeit und der Gemengelage" bezeichnet wird[2]), muß ergänzend und zugleich einschränkend eine Feststellung gemacht werden, die schon von einigen Schriftstellern angedeutet wird.[3]) In Württemberg ist eine deutliche Scheidung von Anerben- und Realteilungsgebieten zu sehen. Setzt man diese Tatsache in Beziehung zu der industriellen Festsetzung auf dem Lande, ergibt sich eine auffallende Uebereinstimmung von einerseits Realteilungs- und Industriegebieten und andererseits von Anerben- und Agrargebieten. In Oberschwaben z. B., einem Anerbengebiet dringt die Industrie nicht über die Städte hinaus. Solche Gebiete können infolge der Anerbensitte eine für die ländliche Industrie erforderliche Bevölkerungsdichte nicht erreichen. Städte mit Industrien sind in Agrargebieten Inseln. So ist der Anteil der gewerblich Erwerbstätigen im südwestlichen Bezirk, der durchgehend Realteilung besitzt, 50,7 %, im nordöstlichen Bezirk 51,0 %, dagegen im südöstlichen Bezirk nur 38,6 %. Dieser Vergleich von landwirtschaftlicher Betriebsverfassung als Folge der Erbgewohnheiten mit dem Anteil der gewerblich Erwerbstätigen bestätigt dieses Zusammenfallen von Realteilung und Industrialisierung.[4]) Dieselben Zusammenhänge begegnen uns in Mitteldeutschland[5]) und außerhalb Deutschlands, so im Lyoner Seidengebiet.[6])

Die gewerbliche Entwicklung Württembergs nimmt schon früh gewaltigen Aufschwung. Die in der Industrie vertretenen Produktionszweige weisen eine große Mannigfaltigkeit auf.*) Zen-

[1]) R. L. Mehmke: „Lebensbedingungen der süddeutschen Industrie" in Anzeiger für Berg-, Hütten- u. Maschinenwesen 1933 Nr. 41/42.

[2]) H. Hoffmann S. 1.

[3]) J. Griesmeyer e. e. O. S. 66
F. Brixner: Die Erzeugungs- u. Absatzverhältnisse der württemb. Landwirtschaft, S. 8 R. Gradmann: Das ländliche Siedlungswesen des Königreichs Württemberg, Stuttg. 1913, S. 51 ff.

[4]) so H. Hoffmann im III. Kap.

[5]) C. v. Dietze: Die Lage der Landwirtschaft in ungünstigen Gebieten Mitteldeutschlands in: Die deutsche Landwirtschaft... S. 334.

[6]) L. Drescher: Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in Frankreich, in: Schriften des Vereines für Sozialpolitik, Band 178, II, S. 256.

*) **Anm.:** Die Frankfurter Zeitung zählt in ihrem Artikel „Württemberg widersteht der Krise" v. 7. 1. 32 folgende Industrien auf: Linoleum-, Uhren- u. Automobilindustrie, Eisen und Metall verarbeitende Industrien, Maschinen-, Apparate- u. Fahrzeugbau, Elektrotechnik Feinmechanik, Optik, Industrie der Auto-

tralstellen für Handel und Gewerbe werden geschaffen. Die Finanzierung neuer Gewerbeunternehmungen wird gefördert. Banken werden gegründet und so die Trennung vom Frankfurter Platz vollzogen. Auch direkt fand man Mittel zur Gewerbebeeinflussung. Qualitätsarbeiter schickte man ins Ausland zur Ausbildung; Musterlager wurden eingerichtet und Maschinen verliehen. Besonders die Textilindustrie wurde durch weite Verzweigung der Wasserkräfte sehr gefördert.

Die Industrie wird mannigfaltig, der Mensch aufs sorgfältigste ausgebildet und arbeitsintensive Produkte erzeugt. Diese besonderen Voraussetzungen verlohnten sogar den Antransport von Kohle und Eisen und verschafften diesen Industriezweigen einen höheren Export als der entsprechenden gesamten deutschen Industrie.

Wäre nun der Arbeiter nicht so mit der Scholle verbunden, würde durch den hohen Exportanteil**) bei einem Exportrückgang die Krise sich sehr bemerkbar machen. Denn bei einem Verlagssystem wird die Krise meist auf den Schultern des Arbeiters ausgetragen. Der Arbeiter hat aber durch seinen Grund und Boden jeder Zeit die Möglichkeit, zusätzlich sich Nahrungsmittel zu beschaffen. Auch ist ein Grund der Krisenfestigkeit in der Gesellschaftsform zu suchen. Die überwiegende Unternehmungsform der Personalgesellschaft kann sich einer Erweiterung oder einem Rückgange des Geschäftsbetriebes in der Krise eher anpassen als die Kapitalgesellschaft.

Für die Bodenständigkeit des württembergischen Industriearbeiters seien nur einige Zahlen angeführt: 1910 haben 50 % der gewerblichen Hilfspersonen ein Eigenheim und 75 % der gewerblich Selbständigen. Dieses günstige Ergebnis ist auf eine im Verhältnis zum Reichsdurchschnitt breitere Streuung der kleinen und mittleren Siedlungen in Württemberg zurückzuführen. In Gemeinden mit 1000 — 5000 Einwohnern leben im Reich 20,4 %, in Württemberg 33,6 % der Bevölkerung.[1]) Auch die Gruppe mit 500 — 1000 Einwohnern ist mit 18,1 % stärker als der Reichsdurchschnitt (11,3 %) besetzt. Ueber 20.000 Einwohner-Städte sind in Württemberg selten anzutreffen; im SW und NO Württembergs ist diese Größe überhaupt nicht vertreten. Auf die zuerst genannte Gruppe entfallen die für Württemberg typischen Zwergstädte, die Reste der territorialen Zersplitterung. Von einer „Verstädterung" mit all ihren unheilvollen Folgen kann man trotz des Städtereichtums in Württemberg nicht sprechen. Sie ist weit hinter dem Reichsdurchschnitt zurückgeblieben. Schott gibt hierfür das

**) Vgl. Stat. Jahrb. für das deutsche Reich, 1927 S. 169: Die Ausfuhr von Fertigwaren Württembergs betrug 1913 von der Gesamtausfuhr 66,8 %, 1925 75,3 %.

[1]) H. Hoffmann a. a. O. S. 63 f.

mobilzubehörteile, Textilindustrie, Wirkerei u. Strickerei, Trikotagen, Woll- u. Baumwollindustrie, Leder- u. Schuhindustrie, Möbelindustrie, Nahrungsmittelindustrie, Brauindustrie.

Zahlenmaterial[1]): während im Reich 1871 63,9 % und 1925 35,7 % der Bevölkerung in ländlichen Gemeinden (unter 2000 E.) lebten, waren es in Württemberg 68,9 %. Die letzten Zahlen sind bei der hohen Bevölkerungsdichte Württembergs besonders beachtlich. Während die durchschnittliche Bevölkerungsdichte W's 128 Personen auf den qkm beträgt, steigt sie in einigen Oberämtern so Balingen mit 154 Personen / qkm, Reutlingen mit 225 Personen / qkm und Göppingen mit 248 Personen / qkm. Das letzt genannte Oberamt G. liegt allerdings an der Bahnlinie Stuttgart — Ulm.[2]) Obwohl wir eine so hohe durchschnittliche Bevölkerungsdichte vorfinden, müssen wir feststellen, daß fast 47 % der Bevölkerung Württembergs in ländlichen Gemeinden leben.[3])

Und in Bezug auf die Arbeitslosigkeit sei darauf verwiesen, daß 1932 auf 1000 Volksgenossen fast 90 Erwerbslose kamen, in Württemberg jedoch nur 45. Auch ist die Zahl der Konkurse und der Ausfall der politischen Wahlen kennzeichnend für die Bodenverbundenheit des württembergischen Volkes. Zum Abschluß seien noch einige Gegenüberstellungen erwähnt: Von 300.000 landwirtschaftlichen Eigentümern sind 150.000 nebenerwerbliche Eigentümer.[4])

Und von 100 gewerblich Erwerbstätigen sind im Reich 10,9 im Nebenberuf Leiter landwirtschaftlicher Betriebe gegenübber 14,3 in Württemberg; es handelt sich hier um Betriebe nebenberuflicher Tätigkeit von über 0,5 ha.

Am stärksten sind die Größenklassen 2 — 10 ha mit solchen selbständigen Landwirten besetzt, die noch einen Nebenberuf haben. Im Reich beträgt in diesen Betrieben der Anteil der selbständigen Landwirte mit Nebenberuf 32 %, in Württemberg 44%, im südöstlichen Bezirk Württembergs 66 %.[5])

Die lebendige Verbindung von Landwirtschaft und Industrie, wie sie aus dem aufgezeigten Siedlungsbild als Ergebnis Entwicklungen historischer, wirtschaftlicher und natürlicher Art zu ersehen ist, garantiert also die Krisenfestigkeit und als Beweis für die gesunde Gemengelage von Landwirtschaft und Industrie kann das besondere Gewerberecht, die Verteilung der Wasserkräfte, die starke Allmendehaltung und die Realteilung genannt werden.

---

[1]) A. Schott: Württembergs Bevölkerung nach der Volkszählung am 16. 6. 25 in: Württ. Jahrb. für Statistik und Landeskunde 1927, S. 63, zitiert b. H. Hoffmann S. 63.

[2]) H. Hoffmann a. a. O. S. 12 ff.

[3]) A. Schott a. a. O. S. 63.

[4]) F. Richter: „Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftsstruktur des krisenfesten Landes Württemberg" in Reichsplanung 8/35 S. 236 ff.

[5]) nach H. Hoffmann VI. Kap.

Thüringen.

Die günstigen Verhältnisse, die sich in Württemberg beobachten lassen, finden wir in den Industriestreusiedlungen Thüringens nicht in dem Umfange.

Die Gemengelage von Industrie und Landwirtschaft ist hier auf ganz ähnlichen Ursachen zurückzuführen wie in Württemberg. Es sind wieder zuerst die durch die Natur gegebenen Notwendigkeiten, aus denen dann die persönlichen Fähigkeiten entwickelt werden.

Thüringen besitzt im Gegensatz zu Württemberg die für eine industrielle Tätigkeit erforderlichen Bodenschätze. Und zwar weicht Thüringen hinsichtlich seiner Rohstoffvorkommen von dem typischen Bilde eines Industriegebietes ab, wie den Eisen- oder Kohlengebieten, und bietet in bemerkenswerter Mannigfaltigkeit Rohstoffe für viele Industrien.

Thüringen ist durch seinen teilweisen gebirgigen Charakter mit eingeschnittenen Flußtälern und Höhenzügen, dem starken Wechsel von Berg und Tal und dem kalten Klima der höher gelegenen Gebirge wie der Rhön und des Thüringer Waldes für eine hauptberuflich ausgeübte landwirtschaftliche Tätigkeit ungeeignet. Hinzu kommt die Kargheit des Bodens, so daß eine ergänzende industrielle Tätigkeit überall da anzutreffen ist, wo die Oberflächengestaltung für die Landwirtschaft ungünstig ist, so im Thüringer Wald.

Die durch die Bodengestaltung bedingte Gebundenheit der Landschaft an ihren Grundbesitz hat für die ergänzende industrielle Tätigkeit zur Folge, daß diese gleichfalls auf der Scholle, bezw. im eigenen Haus, verrichtet werden muß. So trifft man in Thüringen die Hausindustrie, die auch noch aus verschiedenen anderen Gründen die Industrieform Thüringens ist. Sie ist für die Verwendung nicht vollwertiger Arbeitskräfte und zum Auffangen der Saisonsschwankungen besonders geeignet. Die Hausindustrie ist imstande, die Kraft der Flüsse und Wasserläufe zu nützen. Auch die in einigen Teilen vorherrschende Realteilung fördert eine landwirtschaftlich-industrielle Doppelbestätigung. Der Ausbau eines weitverzweigten Eisenbahnnetzes trägt schon früh zu dieser Entwicklung bei.

Besonders wird ihre Verbreitung aber durch die ausgesprochene Arbeitsorientierung der thüringischen Industrie bedingt. Wie kam es hierzu?

Für die Entstehung der thüringischen Hausindustrie führt Rottstädt[1]) zwei Ursachengruppen an. In Gegenden dürftigen landwirtschaftlichen Ertrages, so in den Vorbergen des gesamten Gebirgszuges und im SO des Thüringer Waldes, hat die Gewohnheit der freien Erbteilung dazu geführt, daß die Grenze der

[1]) nach U. Rottstädt: Besiedlung und Wirtschaftsverfassung des Thüringer Waldes i. e. Sinne, München 1914, S. 28 f entnommen aus J. Müller: Die thüringische Industrie, 1930, S. 143 f.

Ackernahrung unterschritten wurde. Die als Ergänzung zu ergreifende Gewerbetätigkeit mußte aber von dem landwirtschaftlichen Eigentümer in seinem Heim ausgeführt werden können, da er durch die Landbestellung an seine Scholle gebunden war. So wurden als Hausindustrien im Mittelalter schon die Hausweberei, Hausschnitzerei und Spielwarenindustrie im Thüringer Wald heimisch. Die andere Wurzel liegt in der Verarmung weiter Kreise des selbständigen Gewerbes als Folge des 30jährigen Krieges und der napoleonischen Zeit.

Frühzeitig war der Thüringer also schon gezwungen, zur Landwirtschaft als Existenzergänzung ein Gewerbe zu betreiben. Früh schon war er darauf angewiesen, seine geistigen Fähigkeiten zu entwickeln. Neben der handwerklichen Fähigkeit und dem Fleiß, den von Jugend auf vertrauten Handgriffen, Fertigkeiten und Erfahrungen, kann der Thüringer sich leicht fremdem Geschmack anpassen. Dies ist wesentlich für die Luxus-, Textil- und Spielwarenindustrien, die dem ständigen Wechsel der Mode unterworfen sind. Auch ist er durch seine Phantasie schöpferisch tätig und zeigt künstlerische Begabung auf musikalischem Gebiet.

> So „ist der Thüringer zu einem hochqualifizierten Arbeiterstamm herangebildet worden, der ein Kapital an Wissen, Erfahrung und Geschicklichkeit und nicht zuletzt an Liebe zur altererbten Tätigkeit darstellt, das so gut wie unersetzlich ist."[1])

Obwohl in Thüringen verschiedene Rohstoffe jetzt versiegen und z. T. von Westfalen, über große Strecken also, herangeschafft werden müssen, bleibt die thüringische Industrie doch arbeitsorientiert, da die besonderen persönlichen Eigenschaften noch andere sachliche Mißstände aufwiegen. Es ist somit ausschließlich die thüringische Bevölkerung und nicht das Land, das Träger dieser Industrie ist.

Bei Erörterung der Frage der industriellen — landwirtschaftlichen Mischbetätigung ist es auch hier möglich, eine Beziehung zwischen Realteilung und geschlossener Vererbung einerseits und dem Vordringen industrieller Tätigkeit andererseits festzustellen. So ist in Gebieten geschlossener Vererbung, östlich der Saale, die industrielle Tätigkeit als Nebenberuf weit seltener anzutreffen als z. B. in und am Thüringer Wald, wo Realteilung Gewohnheit ist. Die geschlossene Vererbung steht also einer größeren Ausbreitung der Hausindustrie hinderlich im Wege und hält einen Stamm von landwirtschaftlicher Bevölkerung zusammen. Hat aber das Ackerland eine zu geringe Ergiebigkeit, wie die Gebiete des Thüringer Waldes, so ist von vornherein die Landwirtschaft nicht als Hauptberuf erwählt worden.

Eine Durchsicht der Berufszählung von 1925[2]) ergibt daß in Thüringen 1/5, und wenn man allein von den männlichem Arbeitern ausgeht, 1/4 aller in der Industrie Beschäftigten Landwirt-

[1]) J. Müller a. a. O. S. 30.

[2]) nach den Akten des thüringischen Statistischen Landesamtes, entnommen aus: J. Müller a. a. O. S. 171 ff.

schaft als Nebenberuf ausüben. Bei den Industrien auf dem Thüringer Wald und dessen Randgebieten sind sogar $^1/_3$ und mehr im Nebenberuf landwirtschaftlich tätig. Von den Hausgewerbetreibenden betreibt, wenn man wiederum nur die männlichen berücksichtigt, rund die Hälfte nebenher noch Landwirtschaft.

Die landwirtschaftliche Betriebszählung von 1925 gibt uns die Größe von den 68.789 landwirtschaftlichen Betrieben industriell tätiger Personen:

unter 5 ar	392 Betriebe
5 — 50 ar	36.439 Betriebe
50 ar — 2 ha	24.857 Betriebe
2 — 5 ha	6.314 Betriebe
über 5 ha	787 Betriebe

In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich um ganz kleine Betriebe, die gerade noch den Bedarf des Haushaltes decken, dabei aber noch eine lebendige Verbindung der Bevölkerung zur Scholle erhalten.

Vergegenwärtigt man sich die oben angegebenen Zahlen über die Erwerbstätigen, und erinnert man sich der besonderen Heimatliebe des Thüringers, der weder auswanderte noch zur Abwanderung in deutsche Gaue zu bewegen war, so kann man hieraus mit vollem Recht auf eine bodenständige Arbeiterschaft schließen.

Siegerland.

Um die Erscheinungen einer landwirtschaftlich-industriellen Mischbetätigung im Siegerland feststellen und beschreiben zu können, muß die gesamte Wirtschaftsverfassung wiederum betrachtet werden. Das Siegerland und seine ihm benachbarten Gebiete des Hessenlandes und Westerwaldes zeigen ein so eigenwilliges Gepräge, daß sie im Rahmen der deutschen Mittelgebirge eine besondere Stellung einnehmen.

Die durch die Natur gegebenen Kräfte sind so gelagert, daß sie nur durch gemeinsame Arbeit geweckt und nutzbar gemacht werden können. Die landwirtschaftliche Bearbeitung des Bodens geschieht durch die Haubergswirtschaft — die im Nassauischen Landrecht verankert ist — „jener geradezu klassisch zu nennenden Lösung der industriellen und landwirtschaftlichsen Gegensätze, die noch heute die Grundlage des besonderen wirtschaftlichen und sozialen Charakters des Siegerlandes und seiner Bevölkerung bildet."[1])

Die Art der Haubergsbewirtschaftung, die im Siegerland Genossenschaften leiten, wird als bekannt vorausgesetzt.[2]) Durch die mühe-

[1]) H. Kruse: Das Siegerland in: Siegerländer Industriegebiet, hrsg. v. Büscher und Sarx 1922, S. 25.

[2]) vgl. H. Roth: Die Siegerländer Haubergwirtschaft in: Siegerländer Industriegebiet, hrsg. v. Büscher und Sarx 1922, S. 40.

volle Weise dieser Landbewirtschaftung war man von Natur gezwungen, strenge Planungen zu treffen. Hinzu kommt noch, daß schon früh 2 Güter knapp wurden? Holzkohle und Wasserkraft. Auch das Berg- und Hüttenwesen erforderte gemeinsame Betätigung. Alle diese Notwendigkeiten führten zum Zusammenschluß, zum genossenschaftlichen Wirtschaften, das so die zweckmäßigste Organisation für das Siegerland wurde.

Im Siegtal herrscht die Gewohnheit der Realteilung. So ist es nicht verwunderlich, daß der vorherrschendste Dorftyp[1]) der der Vereinigung von Dorf und gewerblichem Wohnplatz ist, da hier die Bewohner Landwirtschaft und Gewerbe zugleich betreiben können. Einer von beiden Berufen war nicht etwa Nebenberuf, sondern der Doppelberuf war die Regel. Gerade unter den Alteingesessenen trifft man den Landwirt und Bergmann in einer Person. Heute ist durch die Erbteilung und Bevölkerungsvermehrung die Haubergswirtschaft mehr zum Nebenbetrieb geworden; denn die Landwirtschaft kann aus dieser kargen Schiefergebirgslandschaft für die mächtig angewachsene Bevölkerung, die in der aufstrebenden Industrie Unterkommen findet, nicht mehr Beschäftigung und Brot bieten. In den letzten 50 Jahren ist die Bevölkerung auf das Doppelte bis Fünffache angestiegen,

„wobei die absoluten Einwohnerzahlen dieses Siedlungstypes von 150 — 400 auf 500 — 2000 Einwohner stiegen."[2])

Der Feldbau, der fast jedem Industriearbeiter durch die Haubergswirtschaft ein Stück Land zur Bearbeitung überläßt und dadurch Bodenständigkeit und Heimatsinn fördert, wird größtenteils zum Kleinst- und Zwergbetrieb gemacht. Die nachstehende Tabelle erläutert die Besitzgrößen der Landwirtschaftsbetriebe.[3]) Die Hauptnahrungsquelle ist die Industrie geworden.

Jahr	— 2 ha	2 — 5 ha	5 — 20 ha	20 — 100 ha
1882	8626	2216	2216	2216
1895	9850	1883	330	9
1907	11745	1718	214	5
1925	12009	1493	145	3
Siegen-Land				
1925	1813	13	3	—
Siegen-Stadt				

[1]) Th. Kraus unterscheidet in seiner länderkundlichen Studie: Das Siegerland in Forschungen zur deutschen Landes- und volkskunde Bd. 28, H. 1, S. 108, 1931 vier Typen: Dorf mit überwiegender Land- und Forstwirtschaft, den oben genannten 2. Typ, den Industrieort und endlich die Stadt.

[2]) Th. Kraus a. a. O. S. 116.

[3]) H. Schepke: Flurform, Siedlungsform und Hausform im Siegtalgebiet in ihren Wandlungen seit dem 18. Jahrh., in Beiträge zur Landeskunde der Rheinlande, Veröfft. des Geographischen Institutes der Univ. Bonn 1934, H. 3, S. 38.

Diese Tabelle zeigt das starke Anwachsen der Kleinst- und Parzellenbetriebe und das unaufhaltsame Schwinden der mittel- und kleinbäuerlichen Betriebe. Als Ursache dieser Erscheinung gibt Schepke[1]) die gewaltige Ausdehnung der forstwirtschaftlich genutzten Fläche, vornehmlich der Staats- und Genossenschaftsforsten, in Verbindung mit der Haubergswirtschaft an. Als weitere Ursache der Ausdehnung der Kleinstbetriebe und Zerschlagung der Betriebsgrößen kommen neben der Realteilung die Ausbreitung der erzeisenverarbeitenden Industrien, so der Blech- und Eisenindustrie der mittleren Sieg, und die Ausdehnung der Basaltindustrie in Frage.

Der Mensch dieses Siegerlandes, besonders der Arbeiter, wird durch die Haubergs- und Wiesenordnung, Knappschafts- und Zunftverfassung des Hüttenwesens zu einem Gliede einer Gemeinschaft wirtschaftlich selbständiger Volksgenossen. Der Siegerländer ist bodenständig und hängt mit ganzer Seele an der kargen Heimatscholle. Die Arbeitslosigkeit bewirkte weniger heftige Rückäußerungen auf die Bevölkerung, da diese jeder Zeit einen Rückhalt in dem Hauberg, der Wiese und dem Garten hatte. Kraus[2]) prägt daher auf Grund der Wahlergebnisse und politischen Äußerungen den Ausdruck: das Siegerland sei „das Industriegebiet ohne Proletariat". So gibt diese Skizze von Land und Leuten ein Bild glücklicher Mischung von industrieller und landwirtschaftlicher Bestätigung.

Im Ausland: Nordböhmen.

Ein ausführliches Bild der Industriestreusiedlungen des Auslandes zu geben, ist mangels geeigneter Literatur unmöglich.

Für die Tschechoslowakei sind in den von der Handels- und Gewerbekammer in Reichenberg dem Verfasser namhaft gemachten Werke nur äußerst dürftige statistische Angaben zu zu unserem Thema zu finden. Wohl wird von Bürger a. a. O. von der Realteilung als einer ländlichen Vererbungssitte in Mähren und Böhmen gesprochen. Auch werden von B. v. d. Decken in seinem i. A. der Handelskammer Dresden geschriebenen Buch[3]) einige Zahlen über die Berufsgliederung und Besitzverteilung gebracht, die eine starke Abnahme der Berufstätigen in der Landwirtschaft und ein Ueberwiegen des groß- und mittelbäuerlichen Besitzes über den Großgrundbesitz in den Sudetenländern zeigen. Der Großgrundbesitz wurde dann durch Gesetz vom 16. 4. 1919 zerschlagen und auf Grund des Gesetzes vom Januar 1920 wurden

---

[1]) Schepke a. a. O.
[2]) Kraus a. a. O. S. 135 (Vgl. auch hierzu a. a. O. Tabelle XIX u. XX auf S. 135).
[3]) B. v. d. Decken: Die Wirtschaft der Tschechloslowakei, 1928, S. 11 u. 26.

beschlagnahmte Grundstücke aufgeteilt. Daneben spricht Bürger von dem Landhunger und dem unglaublichen Fleiß, der Zähigkeit und Sparsamkeit der „kleinen Leute". Die sehr niedrigen Löhne und die ständige Arbeitslosigkeit der sudetendeutschen Industriegebiete erklärt dieses Drängen nach dem Boden. Zu der Industrie, die besonders in den gebirgigen und für die Landwirtschaft weniger geeigneten deutschen Teilen des Landes ihren Schwerpunkt haben und z. T. als Hausindustrien betrieben werden, sind nach J. Blau[1]) zu rechnen: die Webe- und Textilindustrie, Spitzenklöppelei und Kleinholzindustrie, Zucker- und Bierherstellung, Glas- und Metallgewerbe, Porzellan-, Papier- und Musikinstrumentinindustrie etc., Böhmen — Mähren rechnet somit zu den bemerkenswertesten Industriegebieten.

Ueber die zweifelsohne vorhandene Gemengelage von Industrie und Landwirtschaft aber ist weder in ihrer Entstehung, den Gründen, Wirkungen, der Krisenfestigkeit etc etwas zu lesen. Im Gegenteil. V. d. Decken gewinnt a. a. O. S. 299 z. B. hinsichtlich der Angaben über die Lohnverhältnisse sogar den Eindruck, als wenn in stillschweigendem Einvernehmen oder gar auf ausdrückliche Weisung in allen Veröffentlichungen die Angaben von Zahlen über die tatsächliche Lohnhöhe ausdrücklich vermieden wird. Erst auf Anfordern des Internationalen Arbeitsamtes in Genf sind einige Erhebungen in den größeren Städten angestellt worden. Nach den Berechnungen des Internationalen Arbeitsamtes hatte die Tschechoslowakei 1928 einen Lohnindex, der im Verhältnis zum englischen (100) und reichsdeutschen (70) nur 45 betrug.[2]) *)

Lyoner Seidengebiet.

Zu den in Frankreich bestehenden Gebieten industrieller Revierstreuung weist die französische Literatur keine Anhaltspunkte hinsichtlich unseres Themas auf. Auch den Bemühungen der Textilzeitung, Berlin ihres Pariser Vertreters und des Berufsverbandes der Lyoner Seidenspinner ist es nicht möglich gewesen, Material französischer Herkunft zu besorgen. Es ist 2 deutschen Forschern vorbehalten, über das französische ländliche Erbrecht und den daraus entstehenden Wirkungen zu berichten. Drescher

---

[1]) Josef Blau: Landes- und Volkskunde der Tschechoslowakischen Republik, Reichenberg 1921.

[2]) E. Bürger: Bäuerliche Liegenschaftsübertragung u. Vererbung im Gebiete der Tschechoslowakei, in: Schriften des Vereines für Sozialpolitik, Bd. 178, 1930, S. 137, Anm. 32.

*) Anm.: Man darf aber nicht vergessen, daß die Lebensmittelpreise in der Tschechoslowakei im Verhältnis zu England und Deutschland außerordentlich niedrig sind, so daß der Reallohn wohl nicht so weit unter dem englischen und deutschen zu liegen kommt.

kennzeichnet das Lyoner Seidengebiet, indem er schreibt:[1])

„Eine weitgehende Naturalteilung ist (auch) dort neuerdings üblich geworden, wo die Lyoner Seidenindustrie Niederlassungen gegründet hat, und wo sich dadurch Heimarbeit in größerem Umfang ausbreiten konnte. Diese Fälle zeigen recht deutlich, welche Bedeutung der gewerblichen Tätigkeit für die Vererbungsweise zukommt."

Als der andere deutsche Gelehrte verfaßte v. Brandt[2]) eine Arbeit über ländliche Erbsitten in Frankreich, deren Ergebnisse nach der Meinung Dreschers heute noch zutreffend sind. v. Brandt charakterisiert die nordöstliche Region Frankreichs nach dem Hinweis auf die unaufhörlichen Teilungen des Besitzes (gemäß Artl. 826 des Code civile), die zähe, unermüdliche Bevölkerung, die große Ausdehnung der Industrie, folgendermaßen:

„Die große Bedeutung der industriellen Tätigkeit hat einen maßgebenden Einfluß auf den Charakter des platten Landes. Die Bevölkerung ist nicht vorwiegend landwirtschaftlich, die Bodenkultur tritt sogar vielfach vor den anderen Erwerbsarten in den Hintergrund; in solchen Gemeinden ist die Flur gewissermaßen ein Garten, welcher unter die Industriearbeiter aufgeteilt ist."[3])

Die Art der Besitzverteilung — der Besitz von 1 — 10 ha nimmt vor den anderen Größenklassen die erste Stelle ein — erklärt die Vermischung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Tätigkeit.

Auch in den Gebieten der Provinzen Burgund, Lothringen und Champagne, in denen die industrielle Tätigkeit (Eisenwerke, Textilindustrie und Werkzeugindustrie) der Landschaft das Gepräge gibt, wird infolge der industriellen Durchdringung des Landes die reale Erbteilung weiter sehr begünstigt.

Belgien.

Auf eine Gemengelage von Industrie und Landwirtschaft in Belgien ist auf Grund der Arbeit von Frost[4]) zu schließen, nach der eine starke Zunahme des Kleingrundbesitzes und eine schon immer währende, beständige Ansiedlung von Arbeitern erfolgt ist; denn der Wunsch des belgischen Arbeiters ist auf Besitz eines eigenen Grund und Bodens gerichtet, der infolge der ungeheuren Volksvermehrung (heute 8 Mill. Menschen oder 260 Personen auf 1 qkm gegen 3 Mill. Menschen vor 100 Jahren) eine

---

[1]) L. Drescher: Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in Frankreich, in: Schriften des Vereines für Sozialpolitik Bd. 178, S. 257, 1930.

[2]) v. Brandt: Erbrecht und ländliche Erbsitten in Frankreich, in: Landwirtschaftliche Jahrbücher, Bd. 29, 1900.

[3]) v. Brandt: a. a. O. S. 259

[4]) I. Frost: Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in Belgien, in: Schriften des Vereines für Sozialpolitik Bd. 178, 1930.

fortgesetzte Aufteilung des Bodens zur Folge hatte. Hinzu kommt noch die geringe Neigung, namentlich des Flamländers, zur Auswanderung. Es ist in Belgien einfach nicht möglich, eine genaue Unterscheidung zwischen landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Siedlung in großen Gebieten Belgiens zu machen, weil sich sehr viele Stadt- und Industriearbeiter über das flache Land zerstreut angesiedelt haben.[1])

Es wird bei der Betrachtung des Ergebnisses dieser Beschreibungen nachfolgend hauptsächlich auf die deutschen Gebiete Bezug genommen werden, zumal die vorliegende Kenntnis der ausländischen Gemengelagegebiete keine neuen Gesichtspunkte zu unserem Thema erbringt.

Das Ergebnis der empirischen Darstellung

A. Systematische Gründe der Standortsstreuung.

Die oben stehende beschreibende Darstellung der Länder mit agrar-industrieller Gemengelage drängt die Frage auf, wie es zu einer derartigen Standortsstreuung kommen konnte. Im folgenden sollen die systematischen Gründe erörtert werden, die zur Revierstreuung führten.

a) Historische Gründe.

Zunächst lassen sich rein historische Gründe erkennen: Die politische Zersplitterung und Aufteilung in viele kleine Territorien wird durch den Reichsdeputationshauptschluß von Regensburg 1803 erst aufgehoben. Ueber 100 geistliche Staaten und Reichsstädte werden vernichtet und unter die weltlichen Fürsten aufgeteilt.

Dann ist Württemberg von der zusammenballenden Tendenz der Eisenbahn lange Zeit verschont geblieben; denn die Einführung des Schienenfahrzeuges vollzog sich erst spät, da die Eisenbahn Württembergs als Bergbahn besonders kostpielig war.

Neben diesen speziellen historischen Gründen sind solche allgemeiner Natur festzustellen. So haben sich aus den auf dem Lande bestehenden Urproduktionen und Verarbeitungen Industrien entwickelt, die auf dem Lande bestehen bleiben konnten, weil sie einmal an die vorkommenden Rohstoffe gebunden waren oder nach dem Standort der Arbeitskräfte sich orientierten. Hier ist nicht nur der handwerksmäßig hochqualifizierte Facharbeiter, sondern auch z. T. das äußerst niedrige Lohnniveau, wie in den thüringischen und sächsischen Gebirgsorten, anziehend. Als weiterer Grund für eine dezentralisierte ländliche Industrie ist die Orientierung nach dem Absatz zu nennen.

---

[1]) Frost: a. a. O. S. 291.

b) Standortserwägungen.

Die zweite große Gruppe von Industrien in Revierstreuung kann sich aus Standortserwägungen heraus entfalten, weil sie frachtungünstige in dem Gebiet befindliche landwirtschaftliche oder bergbauliche, Rohstoffe verarbeiten oder diese Rohstoffe als Kraftquelle benutzen. Schließlich siedelt sich die Industrie auch dort an, wo durch die gegebenen Bodenbesitzverhältnisse der Arbeitsmarkt gebunden ist. Dieses ist bei den Realteilungsgebieten der oben beschriebenen Länder der Fall.

c) Boden- und Besitzverhältnisse.

Die Voraussetzungen für Realteilungen sind bestimmte Boden- und Besitzverhältnisse. Die charakteristischen Merkmale sind: ertragsarme Gebiete, die sich dann intensiv bearbeiten lassen, wenn nebenher noch ein Gewerbe betrieben wird; die in diesen Gebieten überschüssige Bevölkerung, die an der Landflucht durch oft sich wiederholende Teilungen der Besitzungen gehindert wird. Sind durch diese Realteilungen die landwirtschaftlichen Besitze so oft geteilt, daß sie die Grenze der Ackernahrung unterschritten haben, tritt der Zwang zum Nebenerwerb ein.

Eine Konzentration von gewerblich oder industriell tätigen Personen in den erwähnten Gebieten der Standortsstreuung scheitert neben persönlichen Gründen an der Beschaffenheit des Bodens, der durch Gebirgszüge, Flußtäler und Klima zersplittert und unübersichtlich ist. Oft fehlen noch Rohstoffe und natürliche Wasserstraßen. Es besteht also aus Not der Zwang zur unternehmerischen Initiative und endlich zur Qualitätsindustrie; denn die von der Landwirtschaft nicht mehr voll beschäftigte Bevölkerung zieht in den dicht besiedelten Gebieten die Industrie an und veranlaßt sie, sich anzusiedeln.

Die Zersplitterung des Grundbesitzes hängt in den oben besprochenen Gebieten eng mit der gewerblichen Entwicklung zusammen. Denn bei jeder Verkleinerung des landwirtschaftlichen Besitzes werden ja Arbeitskräfte frei für die gewerbliche Tätigkeit. Ferner läßt es die Industrieart, die weiter unten besprochen wird, zu, nicht vollwertige Arbeitskräfte, wie Frauen, Kinder, Greise, in den Arbeitsprozeß miteinzuspannen. Hierzu kommt noch, daß durch die Einführung des Elektromotores auf dem Lande der gewerbliche Betrieb auf dem Lande gehalten wird und weitere Arbeitskräfte freihält.

Zwangsläufig finden wir somit die agrarindustrielle Mischbetätigung, die durch die Erbgewohnheiten insbesondere und die geographische Bodengestaltung bedingt ist. Die näheren Motive, durch die diese Streuung hervorgerufen wird, sind bereits oben dargelegt. Doch sei noch einmal an die Scheidung von Freiteilungsgebieten und Anerbengebieten und deren verschiedenartige Aufnahme und Förderung von industrieller Betätigung erinnert. Land-

wirtschaft und Industrie sind auf einander eingespielt, so daß die Störung einer gebildeten Gemengelage durch Schrumpfung der industriellen Betriebe geradezu eine Gefährdung für die Aufrechterhaltung der Agrarwirtschaft in wichtigen deutschen Landesteilen bedeutet.[1])

d) Art und Größe der Industrien.

Als weiterer Grund für die Standortsstreuung sei nun die Art der Industrie besprochen. Die Auswirkungen der ländlichen Erbgewohnheiten tragen erheblich zu der Gestaltung der Industrieart bei. Denn es liegt im Wesen der oben beschriebenen Realteilung, die landwirtschaftlich-industrielle Mischbetätigung zu fördern. Da der landwirtschaftliche Eigentümer an seinen Grund und Boden gebunden ist, wird es nur natürlich erscheinen, daß die ergänzende gewerbliche Betätigung auch auf Haus und Hof geschieht. So finden wir die Heimarbeit und Hausindustrie, die auch dem Wesen der Menschen dieser Gebiete, so der Selbständigkeit des Thüringers, entsprechen.

Diese Industrien sind größten Teils arbeits- und absatz-, nicht rohstofforientiert. Sie können so, inmitten der deutschen Eisenbahnspinne sitzend, nach allen Seiten liefern. Desgleichen gilt dies auch für die chemischen Fabriken am Neckar. Doch werden die vielen Spezialerzeugnisse, die oft Saison- und Modecharakter haben, von hohem Wert sein müssen, damit sich die Transportkosten lohnen. Verteuern sich die Frachten, so kann die Transportkostenfrage zu einem Motiv für räumliche Konzentration werden.

Ohne Zweifel hat auch die Unternehmungsform großen Einfluß auf die Gemengelage. Wir finden in den genannten Ländern die Familienunternehmen in viel stärkerem Masse vertreten, als die vergesellschafteten Betriebe. Hiermit hängt die Vielzahl der kleinen und mittleren Unternehmungen, die über das Land hin verstreut sind, zusammen. Diese vielen kleinen selbständigen Unternehmen lassen sich nicht von Konzernen und Trusten überschlucken, verzichten eher auf technische Verbesserungen in der Zusammenarbeit größerer, aber eng aneinanander geschweißter Verbände und bleiben produktionstechnisch unabhängig und bilden eine leistungsfähige Spezialindustrie. Sie sind auch einer mit hohen Kosten vorgenommnen Rationalisierung schwer zugänglich und beugen somit einer Konzentration vor. Die Wahrung der Familienunternehmen trägt also zur Erhaltung der agrar-industriellen Gemengelage bei.

Der Klein- und Mittelbetrieb nimmt den größten Prozentsatz der vorhandenen Betriebe ein; in Thüringen und im Siegerland sind auch großindustrielle Unternehmen anzutreffen. Doch wird der Klein- und Mittelbetrieb an Lebensfähigkeit und Krisenfestigkeit dem Großbetrieb überlegen sein, besonders da, wo die qualitativ hoch stehende Handarbeit, der persönliche Geschmack und das Geschick des einzelnen Arbeiters die ausschlaggebende Rolle spielt. Der verflachende Einfluß der Großindustrie kann auf die

[1]) von Briefs a. a. O. mit Beispielen belegt, S. 41 ff.

Verarbeitungs- und Spezialindustrien unserer genannten Gebiete schädlich in Bezug auf das eben Gesagte wirken. Denn überall da hat die Technik die menschliche Tätigkeit der Maschine angeglichen. Sie kennt nur ihren eigenen Takt. Akkordlohn wird gezahlt. Das persönliche Verhältnis von Arbeiter und Unternehmer wird gelöst. Das Interesse an der Arbeit schwindet usw.

e) Verkehr.

Außerordentlich wichtig sind die den Verkehr betreffenden Faktoren. Für eine Siedlungsstreuung muß ein engmaschiges Straßennetz vorhanden sein. Der Ausbau des Eisenbahnnetzes ist, für das Heranschaffen der Rohstoffe von größter Bedeutung. Desgleichen sind schiffbare Wasserstraßen notwendig und ihr Fehlen ist immer fühlbar.

Hier ist ein aufschlußreicher Vergleich zwischen der in Württemberg und in Thüringen betriebenen Verkehrspolitik der Vergangenheit zu führen. Im liberalistischen Zeitalter feierte die Zusammenballung (räumlich) Triumpfe. Die Großstädte wurden zu Treibhäusern industrieller Erzeugung. Diese Rentabilitätsrechnung, die man da aufstellte, ging auf Kosten der Volkskraft. Das Ergebnis sehen wir in dürren Zahlen vor uns.

> „In Sachsen, das frühzeitig Eisenbahnen baute, leben heute 35 % aller Einwohner in Großstädten, in Württemberg nur 15 % (Stuttgart und Ulm). Die einstmals „zurückgebliebene" Stadtbildung in Württemberg hat sich inzwischen längst als bessere, gesündere und auch wirtschaftlichere Siedlungsform erwiesen."[1])

Nicht eine Agglomeration in wenigen großen Zentren, sondern eine Vielheit von Klein- und Mittelstädten kann einer Industriestandortsstreuung dienlich sein.*)

f) Fehlende Voraussetzungen, Gegenkräfte und Monopole.

Gründe für die industrielle Gemengelage können auch auf fehlenden Voraussetzungen der Konzentration, teils auf Gegenkräften beruhen. Briefs[2]) rechnet hierzu die unentwickelte technische Effektivität der industriellen Fertigung, mangelnde Verkehrs- und Transportbedingungen, mangelnde regionale Kapitalbildung und Kreditorganisation und die Unausgeglichenheit des Lohnspiegels zwischen Stadt und Land.

---

[1]) R. Hoffmann: Die Aufgaben der Verkehrspolitik, in: Reichsplanung 2/35, S. 39 f.

*) Anm. Eine ähnliche Siedlungsform finden wir auch in Belgien, dem Lande, in dem die Mittelstädte vorherrschen.

[2]) Briefe a. a. O. S. 32 f.

Als positive Gegenkräfte gegen den Abzug der gewerblichen Verarbeitung erwähnt Briefs die Einführung des Elektromotores auf dem Lande als Kraftquelle, den Kartellschutz, soweit es sich um Verarbeitung handelt, die staatliche Wirtschaftspolitik und den goodwill der lokalen und regionalen Gewerbe. Dazu kommt noch als gewichtiger Faktor die Standortsschwere der gestreuten Verarbeitung und die Standortsgebundenheit der Arbeiterschaft.

Auch auf der Basis eines Monopols kann sich Industrie in provinzialer Streuung erhalten:

„hierhin rechnen die etwa 200 im thüringischen Wirtschaftsraum verstreuten kleineren Werke der chemisch-pharmazeutischen Industrie auf der Grundlage von Geheimverfahren".[1])

B. Wirkungen der Revierstreuung.

a) Auf den Menschen.

Der wichtigste Faktor einer agrarindustriellen Gemengelage ist der Mensch, die Bevölkerung an sich. Sie ist vor allem bodenständig — die Betrachtung bezieht sich auf die in II. 1 erwähnten Länder — so daß die Befriedung industriellen Arbeitsbedarfes aus bauern- und landbürtiger Bevölkerung erfolgt. Diese Arbeiterschaft, die größten Teils infolge der Besitzverhältnisse (Realteilung) mit dem Boden verbunden ist, steht der Idee des heimatlosen Proletariats fern, wie die Zahlen der Wahlen und die sozialen und politischen Aeußerungen, namentlich in Württemberg und im Siegerland, zeigen. Die Verwurzelung mit dem Boden und der Besitz eines eigenen Heimes birgt für Zeiten wirtschaftlicher Depression eine starke Krisenfestigkeit in sich, auf die weiter unter noch eingegangen werden wird.*)

Was den Menschen der Gemengelagegebiete noch besonders auszeichnet, sind seine durch Not aus den Realteilungen und den Zwang zu einer gewerblichen Tätigkeit hervorgerufenen und zur höchsten Blüte gesteigerten geistigen Kräfte. Handwerkliche Geschicklichkeit und künstlerische Begabung werden durch Ausbildung, Verschickung ins Ausland zur Erlernung neuer Methoden, durch Musterlager und Messen, durch Zentralstellen für Handel und Gewerbe gefördert.

Die Art der Betätigung ist, besonders in Thüringen, von einem starken Selbständigkeitssinn geleitet. Der Mensch dieser Realteilungsgebiete sträubt sich gegen den Eintritt in die Fabrik mit

---

*) Anm.: Daß die Krisenfestigkeit der thüringischen Industrie und damit im Zusammenhang die Bodenständigkeit seiner Bevölkerung nicht so stark entwickelt sind, zeigen schon der Ausfall der Wahlen. In Thüringen wurden immer sehr viele Stimmen für die roten Parteien abgegeben.

[1]) Briefs. a. a. O. S. 31.

[2]) J. Müller: a. a. O. S. 143 f.

ihrer strengen Disziplin[2]), wie auch das Bauernkind der Freiteilungsgebiete Nordböhmens in dem Bewußtsein des „Rechtes auf Boden" die untergeordnete Stellung eines Dienstboten nicht annimmt.)[1]

> „Der Kleinmeister mag sich nicht durch ein Glockenzeichen an die Arbeit kommandieren und von ihr wieder abbefehlen lassen; er will seine Kartoffeln essen, wenn er Hunger hat, und nicht, wenn es die Hausordnung gestattet. Auch hält er auf äußere Geltung, und da spielt denn doch der „Meister" oder „Fabrikant" eine andere Rolle, als wie der Fabrikarbeiter."

Dieses Urteil eines so guten Volkskenners wie Sax, schreibt Müller[2]), gilt auch heute noch. Dieser berechtigte Selbständigkeitssinn darf aber nicht, wie es leider nur zu oft vorgekommen ist, zum übertriebenen Individualismus ausarten.

Diese persönlichen und auch die sachlichen Eigenschaften wirken sich in der Unternehmungsform aus. Ueberwiegend finden wir die privaten Unternehmen. Sie sind von großem Vorteil; denn von Jugend auf kennen sich Führer und Gefolgschaft. Sie sind durch die territoriale Zersplitterung auf einander angewiesen und haben infolge der Gemengelage enge persönliche Fühlung. Der Arbeiter nimmt an dem Ergehen des Betriebes Anteil, er weiß, wie es mit dem Werke steht. Er hat Verständnis für etwaige Einschränkungen. Ihn interessiert der ganze Geschäftsablauf, besonders wenn er z. B. als Gewerke, beteiligt ist. Die persönliche Note — der Arbeiter verfolgt im kleinen Betrieb das Erzeugnis seiner Hände Arbeit bis zur Fertigstellung desselben — birgt hohen inneren Wert für den Arbeiter selbst. All diese Eigenschaften haben großen wirtschaftlichen Nutzen für die Fertigwaren- und Spezialindustrie, da hier qualitativ hoch stehende Handarbeit zu leisten ist. Abschließend kann gesagt werden, daß Träger der Industrien nicht die Landschaft, sondern in erster Linie der Mensch ist.

b) Das Lohnniveau.

Trotz der niedrigen Nominallöhne fällt z. B. der thüringischen Industrie keine Rente zu, weil eine lange Reihe von Faktoren (ungünstige Frachtlage, starke Konjunkturschwankungen, Saison- und Modecharakter, geringe Absatzmenge, betriebliche Zersplitterung) die Unkosten höher hinauftreiben als bei anderen Industrien. Nur so ist der niedrige Lohn und der unausgeglichene Lohnspiegel zu verstehen; denn er ist das einzig Bewegliche. Eine Lohnangleichung wäre wirtschaftlich nicht tragbar und würde darum zur Lebensfrage für die thüringische Industrie werden. Hinzu kommt noch die Unberechenbarkeit des Lohnes, da ja die Hausindustrie mit nicht vollwertigen Kräften arbeitet. Anders liegen die Verhältnisse in Württemberg, dem Lande der Verarbeitung. Hier zeigt sich die Rückwirkung günstigerer Umstände in der Widerstandsfähigkeit des Lohnniveaus.

---

[1]) E. G. Bürger a. a. O. S. 147
[2]) J. Müller a. a. O. S. 143 f.

c) Die Verbindung von Blut und Boden. Umsiedlung?

Als eine Wirkung der Revierstreuung kann das zähe Festhalten an der heimatlichen Scholle bezeichnet werden, die in solchen Gemengelagegebieten nicht wenigen einzigen gehört, sondern, wie besonders im Siegerland, der Gesamtheit. Auch die Arbeiterschaft hat, da sie landgebürtig ist, Anteil am Boden. Dieses Verwurzeltsein mit dem Boden bringt eine starke Heimatliebe mit sich. Der Thüringer z. B. stellt nur eine ganz geringe Quote der Auswanderer und ist nicht zu bewegen, etwa in andere deutsche Gaue umzuziehen. Eine Umsiedlung ist unmöglich.

d) Umsiedlungsmöglichkeiten.

Eine andere Wirkung der agrar-industriellen Mischsiedlung bietet des württembergische Beispiel. Der Aufbau der württembergischen Industrie zwang den Menschen, seine Fähigkeiten aufs Aeußerste zu entfalten, so daß dann die dortige Entwicklung durch einen lebhaften, erfinderischen und klugen Menschenschlag so vorwärts getrieben werden konnte. Es ist im Laufe der Geschichte nicht sehr schwer gewesen, die württembergischen Bauern umzusiedeln. Prinz Eugen hat sie nach Siebenbürgen, die zaristische Regierung des 18. Jahrhunderts nach der Wolgaebene gerufen. In allen diesen Gebieten konnten sie ihre Produktionsweisen und ihre Stammeseigenschaften in vollem Umfang bewahren. Als man nach 1933 versuchte, den Schwaben nach Ostpreußen zu ziehen, wollte man, daß er die Produktionsweise seiner neuen Umwelt annehmen und in die ursprüngliche Bevölkerung eingeschmolzen würde. Die Geschichte hat gerade bewiesen, daß die schwäbische Bevölkerung zwar für Umsiedlungen sehr geeignet ist, aber nicht für Assimilation in anderen Volksstämmen. Unter diesen Umständen wird man für die Industriestreusiedlung im Osten sehr viel aus den Wirtschaftsformen Württembergs lernen können; aber auf eine massenhafte Ansiedlung württembergischer wird wohl Verzicht geleistet werden müssen.

e) Der Grad der Krisenfestigkeit.

Welche Erklärung ist nun für die verschieden große Krisenfestigkeit in den gemischt-wirtschaftsräumlichen Gebieten zu geben? Im weiten Umfange ist die Krisenfestigkeit von der Bonität der Böden abhängig. Zuerst läßt sich eine verschiedene Bonität der Böden in Württemberg und Thüringen feststellen. Württemberg ist das Land einer hochintensiven mittleren und kleineren Landwirtschaft. Aus diesen und anderen Gründen reicht es in Depressionszeiten aus dem Reichsdurchschnitt heraus.

Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit gibt uns den Maßstab für die Krisenwirkung. Die Frankfurter Zeitung schreibt a. a. O.:*)

---

*) vgl. Fkf. Ztg. v. 7. 1. 32.

„Ende November (1931) waren im Bezirk des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland, der neben Württemberg auch Baden umfaßt, 54,7 von 1000 Einwohnern arbeitslos gegen 81 im Reich; dabei ist die Lage in Württemberg noch erheblich günstiger als in Baden, wie die Zahl der Unterstützten zeigt: von 148.574 unterstützten Arbeitslosen im Bezirk entfielen 85.011 auf das kleinere Baden und nur 63.563 auf das größere Württemberg, d. h. hier kamen nur 24,6 Unterstützte auf 1000 Einwohner gegen 44,4 im ganzen Reich. Noch größer ist die Spanne bei den Wohlfahrtserwerbslosen, die Ende Oktober in Württemberg nur 5,62 auf 1000 Einwohner ausmachten gegen 22,57 im Reich und in den württembergischen Städten nur 15,24 gegen 38,00 in den Städten des ganzen Reiches".

Ferner muß als Beweis für die Krisenfestigkeit das Kurvenbild in Willekes Arbeit[1]) gelten.

„daß die Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge bezw. Arbeitslosenversicherung auf 1000 Einwohner zeigt. (Jahre 1924 — 29). Die größte Beständigkeit hat hierbei bei weitem Württemberg, dessen Kurve weit unter dem Reichsdurchschnitt liegt."

In Thüringen dagegen kann die Landwirtschaft überhaupt erst im Zusammenhang mit einer gewerblichen Aufschließung dieser Gebiete betrieben werden. Von Dietze[2]) sagt über Mitteldeutschland, daß das gesamte Wirtschaftsleben völlig von der gewerblichen Verdienstmöglichkeit abhänge. Die Landwirtschaft diene nur dem Eigenbedarf der Besitzer und werde so nebenher besorgt. Um so schwerer müssen Stillegungen von Gewerbezweigen diese Gegenden treffen.

Bezeichnend für die Krisenfestigkeit ist auch die Verschiedenartigkeit der hergestellten Güter in den betr. Gebieten. In Württemberg werden meist nicht-konjunkturempfindliche Güter wie Garne, Uhren etc. gefertigt, während Thüringen nur krisenempfindliche Güter hervorbringt. Denn das Spielzeug der thüringischen Industrien läßt sich entbehren, nicht aber die Garne der württembergischen Fabriken. So kann durch die Wahl der Güter die Wirkung einer Gemengelage teils gestärkt, teils auch wieder abgeschwächt werden.

Eine andere Erklärung läßt sich für den Grad der Krisenfestigkeit in dem Zusammenschlußvermögen der Menschen dieser Gebiete suchen. Im Siegerland haben wir durch den festen genossenschaftlichen Halt eine gute widerstandsfähige Krisenfestigkeit. In Thüringen aber ist durch den stark ausgeprägten Indi-

---

[1]) E. Willeke: a. a. O. S. 563.
[2]) Von Dietze: Die Lage der Landwirtschaft in ungünstigen Gebieten Mitteldeutschlands a. a. O. S. 330 ff.

vidualismus keine gemeinschaftliche Organisation derart zusammenzubringen. Der Kleinbauer der böhmischen Realteilungsgebiete, der Prototyp jener Agrardemokraten, der alle Schranken überspringt, sieht nur in seinem primitiven Individualismus seinen sozialen Aufstieg und hat überhaupt keinen Sinn für gemeinschaftliches Arbeiten. Der Erfolg ist, daß die Wirtschaft in Thüringen und Böhmen bedeutend weniger widerstandsfähig ist als z. B. die der Siegerländer.

Für die Krisenfestigkeit Württembergs sind allerdings nicht nur natürliche und wirtschaftliche Gründe maßgebend. Sondern auch die früh vorsorgende Konjunkturpolitik der Regierung hat eine entscheidende Rolle gespielt. Schon 1929 ist die Württembergische Regierung dazu übergegangen, Straßen zu bauen. Diese neue Tätigkeit verminderte die Zahl der Erwerbslohsen. In der gleichen Zeit wurden neue Fabriken errichtet, in denen aus den Fichtennadeln im Schwarzwald Badeextrakte hergestellt wurden.

So übt die industrielle Revierstreuung auf den Einzelmenschen und dessen Gemeinschaftsbildungen verschiedene Wirkungen aus. Dort, wo die Verbindung von Blut und Boden Zusammenschluß fördernd ist, werden wir. politisch betrachtet, eine den Klassenkampf mildernde oder gar aufhebende Wirkung beobachten können.

III. Kapitel.

Durchführung einer Industriestreusiedlung.

1. Der Osten als Versuchsgebiet.

Das dritte Kapitel soll die bisher gesammelten Erfahrungen auswerten. Es ist zu untersuchen, ob die Form des agrar-industriellen Gemengelages, wie sie in Württemberg Thüringen und im Siegerland vorgefunden wurde, auch auf andere deutsche Gebiete zu übertragen ist. Nach allem, was wir darüber geschrieben haben, kommen Gebiete östlich der Elbe am ehesten für einen solchen Versuch in Betracht. Diese Gebiete sind verhältnismäßig schwach besiedelt.*) Industrien sind nur in geringem Maße vorhanden. Die gesamte Industrie dieses Gebietes ist in Berlin zusammengeballt. Dadurch ergibt sich ein starker Gegensatz von Stadt und Land und es ist nicht möglich, das Gebiet gegen die polnische Unterwanderung zu schützen. Erst eine dichte Besiedlung wird die Ostmark wirksamer gegen das Einströmen polnischer Arbeiter schützen als alle Einwanderungsbeschränkungen und -verbote. Eine In-

*) Anm.: M. Sering: Deutsche Agratpolitik, Leipzig 1943, S. 27:

Die Grundbesitzverteilung im ostelbischen und im übrigen Deutschland.

Landwirtschaftlich benutzte Fläche		Ostelbisches Deutschland[1])	Übriges Deutschld.	Deutsches Reich
			Mill. ha	
Altes Reichsgebiet	1907	13,92	17,91	31,83
Neues „	(1907	10,47	16,71	27,17
	(1925	9,78	15,82	25,60
Von der landwirtschaftlich benutzten Fläche[2]) entfallen auf die Grössenklassen von			in Prozenten	
0,05— 5 ha	(1907	8,7	21,0	16,2
	(1925	9,3	22,8	17,6
5 — 20 ha	(1907	21,3	41,0	33,4
	(1924	25,1	42,4	35,8
20 —100 ha	(1907	29,5	29,9	29,8
	(1925	25,3	27,1	26,4
über 100 ha	(1907	40,5	8,1	20,6
	(1925	40,2	7,8	20,2

[1]) Ostpreußen, Pommern, Brandenburg-Berlin, Grenzmark, Schlesien, Mecklenburg.
[2]) gegenwärtiges Reichsgebiet.

dustriestreusiedlung im Osten würde somit bedeuten, daß Deutschland eine neue Provinz mitten im Frieden für seine zuschüssige Bevölkerung gewinnt, und daß die dauernde Landflucht stark vermindert wird. Es ist aber zu untersuchen, ob die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden können.

Wir haben gesehen, daß die wesentlichen Voraussetzungen der Revierstreueng bestimmte Betriebsgrößen, eine besondere handwerkliche Geschicklichkeit der Bauern, eine gleichmäßigere Streuung über den Boden darstellt. Wie schon hieraus hervorgeht, lassen sich ein ganzer Teil dieser Bedingungen nicht künstlich schaffen. Bei den drei bisher betrachteten Streusiedlungsgebieten Deutschlands spielen historische und geographische Voraussetzungen eine sehr große Rolle. Thüringen und Württemberg sind bis in die neue und neuere Zeit hinein in kleine selbständige Territorien zersplittert gewesen. Das hat zur Entstehung vieler kleiner Landstädte geführt. Die vielen Gebirgszüge und die Unebenheit des Geländes lassen landwirtschaftliche Mittel- und Kleinbetriebe entstehen. Einem landwirtschaftlichen Großbetrieb würde in diesem Gebiet die für die Verwaltung und Organisation notwendgie Uebersicht schnell verloren gehen.

Die geschichtliche Entwicklung im Osten ist ganz anders verlaufen. Mit der Uebertragung der Mark Brandenburg beginnt die politische Vereinheitlichung der Ostmark.*) Die Gleichmäßigkeit des Bodens, die geringe Fruchtbarkeit führt neben anderen Gründen zur Entstehung des Großgrundbesitzes. Die geschichtlichen und geographischen Bedingungen sind somit völlig von denen des Westens verschieden. Man kann also nicht durch ein Machtwort im Osten die gleiche Industriestreusiedlung künstlich in Gang setzen, wie im Westen, sondern man muß die treibenden Kräfte und Bedingungen, die östlich der Elbe fehlen, durch andere Voraussetzungen ersetzen, die erst geschaffen werden müssen. Ein Versuch, der ohne Berücksichtigung aller dieser Dinge und wirtschaftlichen Gesetze durchgeführt wird, muß von vornherein zum Scheitern verurteilt sein.

Die eine Voraussetzung, die ebenso wie in den drei westdeutschen Streuungsgebieten hergestellt werden muß, ist die Verkleinerung der Betriebsgröße. Der Verfasser steht natürlich nicht auf dem Standpunkt, daß jeder Großgrundbesitz unter allen Umständen für eine Volkswirtschaft ungünstig ist. Es ist auch hier nicht der Ort, die so oft durchgeführte Diskussion über Vor- und

---

*) Anm.: Die Vereinigung der Gebiete östlich der Elbe unter der Regierung der Hohenzollern ist keinesfalls in einem bestimmten Zeitpunkt durchgeführt, sondern nach und nach erfolgt. Sie beginnt mit der Einsetzung des ersten Hohenzollern 1415 und endet mit der endgültigen Erwerbung Posens durch den Wiener Kongreß 1815. Wirtschaftlich werden diese Gebiete erst eine Einheit nach Aufhebung der Binnenzölle 1818.

Nachteile der Groß- und Kleinbetriebe nochmals aufzurollen.*) Soviel ist jedoch aus unseren bisherigen Erörterungen klar: solange ein Betrieb so groß ist, daß auf ihm die Familie des Besitzers und wie bei dem Großbetrieb auch mehr Personen ernährt werden können, solange besteht kein Zwang, eine gewerbliche Zuschußerbeit anzunehmen. Erst müßten durch Aufteilung eines Teiles des noch bestehenden Großgrundbesitzes die nötigen Kleinbetriebe geschaffen werden, deren Besitzer und Angehörige gleichzeitig als Industriearbeiter in Frage kommen.

2. Heranziehung von Unternehmern.

Selbst wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, bleibt noch immer die Frage übrig, wie in solchen Agrargebieten eine Industrie hineingebaut werden kann. Man darf nicht vergessen, daß in den drei westdeutschen Gebieten Industrie und Landwirtschaft zusammen von altersher bestanden. In den Gebieten östlich der Elbe besteht seit langer Zeit nur die Landwirtschaft, eine Industrie von nennenswerter Bedeutung — wie aus den folgenden statistischen Aufstellungen hervorgeht (S. 45 a) — ist nicht zu finden. Die Einführung von Industrien wäre vor allem eine Menschenfrage. Die Industriegründung ist nämlich davon abhängig, daß es gelingt, die nötigen Unternehmerpersönlichkeiten hierfür zu beschaffen. Man kann natürlich ohne Experiment die Frage nicht beantworten, ob sich der Pommer, Ostpreuße und überhaupt der Bewohner der östlich der Elbe gelegenen Gebiete zum Industriellen eignet. Er ist als guter Landwirt bekannt, bisher finden wir aber von ihm keine größeren Leistungen als industrieller Unternehmer. Das mag z. T. mit der ungünstigen wirtschaftlichen Lage dieser Gebiete zusammenhängen. Jedenfalls kann man sich nicht darauf verlassen, daß bei sonst günstigen Vorbedingungen aus dem Bewohner heraus selbst eine industrielle Rührung entsteht. Zu diesem Zwecke müßte vor allen Dingen versucht werden, befähigte Persönlichkeiten aus den westdeutschen Gebieten hinüberzunehmen. Es ist allerdings anzunehmen, daß die Persönlichkeiten nicht ohne weiteres in die Ostrandgebiete abwandern werden. Solche Menschen sind natürlich auch in den übrigen Teilen Deutschlands dünn gesät. Man wird auf die Söhne von Unternehmern zurückgreifen müssen, die selbst nicht später mit der Leitung des väterlichen Unternehmens betraut werden. Es wird sich auch sehr empfehlen, schon bestehende alte Unternehmen im Westen dazu zu veranlassen, Filialbetriebe im Osten aufzubauen oder sich jedenfalls in irgend einer Form an der Gründung derartiger Unternehmen zu beteiligen. Die sogenannte Juniorpartnerschaft, die sich in England an manchen Stellen recht gut bewährt hat, müßte auch hier versuchsweise angewandt werden. Jedenfalls läßt sich keine einfache Anweisung geben, nach der geeignete Unternehmer ausgesucht

*) Anm.: Zur Diskussion über die Frage der Groß- oder Kleinbetriebe in der Landwirtschaft seien hier besonders genannt: Aereboe: Agrarpolitik, Berlin 1928, S. 571 ff, M. Sering: Deutsche Agrarpolitik, Leipzig 1934, S. 27, 55, 56.

Ausschnitte entnommen aus Sonderheft 10 zu Wirtschaft und Statistik 1933.

Kalkindustrie nach Provinzen und Ländern 1930. S. 44

	Betriebe	Personen	Absatz in t Kalksteinen
Westfalen	145	4111	1.898.555
Pommern	10	720	1.020.145 (vorwiegend Kreide)

Maschinengruppen nach Ländern und Provinzen. S. 80

Aufteilung in % des Produktionswertes

	Textil-	Werkz.-	Kraft-	Land-	Masch. f. Nahrgsm.	Masch. f. chem. Ind.	Lokom.	Büro- masch.	Hütten- Stahl
Rheinpr.	11,9	16,4	17,6	17,9	10,7	15,4	19,3	5,2	60,1
Westfalen	7,9	5,5	3,4	9,1	4,4	9,0	1,1	6,2	13,8
Pom.Ostpr.	0,6	0,0	0,2	3,1	0,4	0,2	0,5	1,5	0,0
Grenzmark									

Ledererzeugung nach Gebieten 1930-31. S. 140

	Betriebe: 1930
Pommern	11
Ostpreussen	17
Brandenburg-Grenzmark	67
Westfalen	40
Rheinprovinz	123

Herstellung von Schuhwerk S. 142

	Betriebe: 1930	Personen 1. 10. 30
Berlin	65	2600
Brandenburg	51	2920
Pommern	11	516
Provinz Sachsen	73	11218
Westfalen	20	984
Ostpreußen-Grenzmark	5	92
Rheinland	98	9583

Erzeugung der Obstkonservenindustrie im Jahre 1931 nach Gebieten S. 156

	1000 1/1-Dosen	v. H.
Brandenburg	1428	5,6
Sachsen	3764	14,8
Hannover	1173	4,6
Rheinprovinz	3956	15,5
Hessen	3842	15,1
Braunschweig	2417	9,5

Marmeladen 1931

	1000 kg	%
Brandenburg	2522	5,3
Sachsen	12599	26,5
Schleswig-H.	3260	6,8
Rheinprovinz	7216	15,2

Gemüse 1931

	1000 1/1-Dosen	%
Brandenburg	2536	5,2
Sachsen	10264	21,0
Hannover	7885	16,1
Braunschweig	17822	36,5

Anm.: In den meisten Industriegruppen, auch in den hier nicht genannten, ist die Grenzmark nicht vertreten. Interessanterweise fehlt auch Pommern und Ostpreußen unter den Marmeladen- und Gemüsekonservenproduzenten, obgleich doch gerade diese Gebiete gewisse Standortsvorteile für die Produktion derartiger Konserven besitzen.

werden. Man muß verschiedene Wege versuchen. Man wird am besten tun, den Leitern alter Unternehmen des Westens bei dieser Auswahl eine gewisse Kontrolle zu belassen. Man könnte zu diesem Zwecke auch aus bewährten Unternehmern einen Rat zusammenstellen, der von Fall zu Fall einen Mann aus seinen eigenen Kreisen für einen derartigen Posten zur Verfügung stellt. Man kann etwa an die Garnproduzenten in Württemberg das Ansuchen richten, einen Mann zu nennen, der ein derartiges Unternehmen im Osten aufbauen kann. Die Fabrikanten werden dann irgend einen tüchtigen Angestellten mit der Aufgabe betrauen.

Diese jungen Unternehmer müßten auch vom Staate finanziell unterstützt werden. Sonst wäre das finanzielle Risiko zu hoch, das auf den neu gegründeten Unternehmen lastet, nämlich die Zinsen für das geliehene Kapital, die Steuern und das eigentliche Unternehmerrisiko. Es ist die Aufgabe staatlicher Unterstützungen, diese Last weitgehend zu vermindern, sei es durch besondere Subventionen, durch kostenlose oder sehr billige Bereitstellung von Fabrikgrundstücken oder durch verbilligte staatliche Kreditgewährung.

Ein natürliches Motiv für eine Abwanderung einzelner Unternehmerpersönlichkeiten wäre auch das niedrige Lohnniveau, vielleicht sogar der bedeutendste Anreiz. Die Löhne müßten, wie in den westdeutschen, böhmischen und französischen Streusiedlungsgebieten niedrig sein. Denn der Arbeiter ist ja nicht allein auf den Erwerb aus der industriellen Betätigung angewiesen, sondern erhält einen Teil seiner Bezüge aus eigener landwirtschaftlicher Produktion. Der ostdeutsche Landwirt wird wohl einen brauchbaren Industriearbeiter abgeben. Wir können das zwar, wie schon vorhin erwähnt, nicht an Ort und Stelle prüfen, da in diesen Gegenden keine größeren Industrien vorzufinden sind. Wir wissen aber, daß ein großer Teil der Arbeiter in den ostdeutschen, z. T. auch in den westdeutschen Industriestädten aus diesen agrarischen Randgebieten stammt. Man könnte also wohl annehmen, daß die dort vorhandenen Menschen auch weiterhin für Industriearbeit geeignet sind. Es läßt sich allerdings statistisch nicht feststellen, wie weit diese Arbeiter für gelernte Berufe zu gebrauchen sind. Hier wird auch eine gewisse Vorsicht am Platze sein, nicht zu komplizierte Verrichtungen von ihnen zu verlangen und nicht, wenigstens anfangs mit sehr spezialisierten arbeitsintensiven Industrien anzufangen.

Gelingt es, in dieser Weise Unternehmer und Arbeiterschaft zusammenzubringen, so läßt sich möglicherweise eine Gemengelage schaffen. Doch ehe noch die näheren Umstände gekennzeichnet werden können, muß darauf hingewiesen werden, daß es bei dieser Industriestreusiedlung nicht auf eine Umsiedlung alter Betriebe, sondern auf eine Neuschaffung bisher nicht vorhandener Betriebe ankommt. Eine Umsiedlung alter Betriebe wird in den meisten Fällen gar nicht möglich sein oder jedenfalls mit derartigen hohen Kosten verknüpft werden, daß kein Staat jemals in der Lage wäre, ein derartiges Unternehmen zu finanzieren. Die alten Betriebe müßten abgebrochen und neu aufgestellt werden,

für die Umsiedlung der Arbeiter ist Sorge zu tragen usw.. Es käme noch hinzu, daß die umgepflanzten Betriebe immer die Gefahr laufen würden, unrentabel zu werden. Bisher hatten sie in den meisten Fällen wohl den richtigen Standort. Nach der Umsiedlung besitzen sie einen Standort, der nicht mehr allen Bedingungen entspricht. Die Transportkosten werden steigen und dadurch vermindert sich die Rentabilität.

3. Staatliche Voraussetzungen.

Es sind eben bei der Umsiedlung derartig viel Bedingungen zu beachten, so daß eine solche Verpflanzung von bestehenden Industrien sehr kostspielig wird. Allerdings sind auch bei einer Neubildung von Betrieben in zukünftigen Streugebieten eine Anzahl objektiver Voraussetzungen herzustellen, deren Verwirklichung nicht so kostspielig sein dürfte, wie bei der Umsiedlung. Diese Bedingungen liegen auf dem Gebiet der Besteuerung, der Verkehrstechnik und der Ausgestaltung der Versorgungsbetriebe.

a) Verminderung der steuerlichen Belastung.

Durch eine besondere steuerliche Behandlung ist dafür zu sorgen, daß diese Gebiete infolge einer geringeren steuerlichen Belastung eine entsprechende Rentabilität erhalten. Man spricht von Steueroasen*) und meint damit, daß bestimmte Gebiete unter einem geringeren Steuerdruck stehen als andere. Um derartige Steueroasen zu schaffen, ist die preußische Gewerbesteuer außerordentlich geeignet. Man kann eine solche ungleiche Druckverteilung mit dieser Steuer herstellen, ohne daß gleichzeitig das gesamte preußische Steuersystem neu geordnet werden müßte. Gleichzeitig ist gerade die Gewerbesteuer**) die Ertragssteuer der Industrie. Eine Verminderung dieser Steuerlast wirkt also direkt auf die Erhöhung der Rentabilität. Schießlich liegt in der sehr komplizierten Technik der Steuern die Handhabe, eine solche ungleiche Druckverteilung durchzuführen. Bekanntlich zerfällt die preußische Gewerbesteuer in 2 Steuerarten: in eine Gewerbeertrag- und alternativ, in eine Lohnsummen- oder Kapitalsteuer. Vom Lande Preußen werden die Steuergrundbeträge festgelegt, deren Erträgnisse allerdings dann in die Gemeindekassen fließen. Von den Gemeinden werden Zuschläge erhoben, die auch wieder den Gemeinden selbst zugute kommen. Es ist unter diesen Umständen nur nötig, daß in den Gebieten der zukünftigen Streusiedlung die Zuschläge nach oben gebunden werden mit der Maßgabe, daß sie in jedem Falle niedriger sein müssen, als die niedrigsten Zuschläge irgend eines alten Industriegebietes. Schon auf diese Weise wird eine steuerliche Begünstigung erreicht, die zur Industrieumsiedlung anreizen müßte.

---

*) Anm.: Ueber Steuerinseln und Steueroasen siehe insbesondere: Moll: Lehrbuch der Finanzwissenszchaft, Berlin 1930, S. 496.

**) Eheberg: Grundriß der Finanzwissenschaft, Leipzig 1936, S. 103 ff.

b) Verminderung der sozialen Belastung.

Zu dieser steuerlichen Entlastung kann noch eine Minderung der Soziallasten treten etwa in dem Sinne, daß in den ersten drei Jahren der Industrietätigkeit keine Erwerbslosenbeiträge zu zahlen sind. Auch diese Beiträge stellen eine starke Belastung des Unternehmers da. Eine solche diffenrenzierte Behandlung von Betrieben in der Erwerbslosenversicherung ist keine Neuigkeit. Auch in England sind heute noch nicht alle Betriebe in die Arbeitslosenunterstützung hineingenommen.[1]) Noch dazu wären auch im Falle einer industriellen Krise die Arbeiter der Streusiedlungsgebiete nicht vollständig aller Mittel beraubt und nicht so auf die Erwerbslosenunterstützung angewiesen, da sie ja noch ihren eigenen Unterhalt aus ihrer Landwirtschaft herausholen können. Die Mitglieder der Industriestreusiedlung benötigen also eine Gelunterstützung nicht in gleichem Umfange wie der städtische Arbeiter.*) Anders liegen natürlich die Dinge bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. Hier ist eine Sonderbehandlung dieser Gebiete weder aus wirtschaftlichen noch aus Billigkeitsgründen zu rechtfertigen.

c) Das Transportnetz.

Auch diese Minderung der Soziallasten kann als Anlockung natürlich nicht ausreichen, wenn nicht für den nötigen Absatz gesorgt ist. Der Absatz ist stark davon abhängig, daß ein Verkehrsnetz vorhanden ist, um die Waren überall hinzubringen. Ein Blick auf die Eisenbahnkarte Ostdeutschlands zeigt, daß die Eisenbahnlinien verhältnismäßig sehr weitmaschig gelegt sind. Im Verhältnis zu Westdeutschland haben sehr viel weniger Orte östlich der Elbe, besonders östlich Berlins, einen Schienenanschluß.**)

---

[1]) H. Herkner: Die Arbeiterfrage, 1. Bd.: Arbeiterfrage und Sozialreform, Berlin 1921 S. 389

*) Es ist allerdings möglich, daß sie für Bezahlung der Siedlungsschulden auch im Falle einer Krise Geldmittel zur Verfügung haben müssen. Diese Geldmittel sind natürlich nicht aus dem Erwerbslosenfonds zu bezahlen. Näheres S. 86.

**) Stat. Jahrbuch 1932, S. 149:

Eisenbahnnetz am Ende des Jahres 1930 nach Ländern und Landesteilen. Daraus:

Eigentumslänge	Insgesamt je 1000 qkm Grundfläche km
Prov. Ostpreußen	88,3
Pro. Brandenburg (mit Berlin)	111,0
Pro. Pommern	78,9
Pro. Grenzmark Posen-Westpr.	93,7
Pro. Niederschlesien	117,3
Prov. Oberschlesien	127,1
Prov. Sachsen	127,4
Prov. Schleswig-Holstein	101,2

Es kommt hinzu, daß die privaten Eisenbahnunternehmer seit den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Eisenbahnen in Ostdeutschland so gelegt haben, daß Berlin den Netzmittelpunkt darstellt. Das bedeutet, daß jeder Verkehr über Berlin geleitet werden muß, und daß die Gefahr besteht, daß selbst neugegründete Industrien aus den Streusiedlungsgebieten wieder nach Berlin abgleiten. Eine großzügige Neugestaltung dieser Eisenbahnstruktur ist kaum wegen der ungeheuren Kapitalkosten durchzuführen. Vielmehr ist das heutige Verkehrsnetz der Eisenbahn bis auf den Bau kleiner Anschlußgleise als abgeschlossen anzusehen. Es wäre auch gar nicht von vornherein festzulegen, wie die neuen Linien laufen sollten. Trotzdem ist selbstverständlich die Eisenbahn in diesen Neuaufbau einzubeziehen. Aber nicht in erster Linie um den Absatz durchzuführen, sondern um den Antransport von Rohstoffen zu ermöglichen. Um in diese rohstoffernen Gebiete Eisen oder sonstige Roh- und Halbmaterialien transportieren zu können, sind starke Tarifsenkungen durchzuführen, die für den Transport von Kohle schon in weitem Maße bestehen. Derartige Ausnahmetarife für die Streureviere brauchen keinesfalls zu einem Defizit der Eisenbahnen zu führen, da der Transport sich verstärken muß und damit auch die Kosten, auf die Leistungen umgerechnet, sinken werden. Infolgedessen werden auch niedrigere Tarifpreise noch rentabel sein. Für den Abtransport der fertigen Güter wird der Kraftwagen anstelle der Eisenbahn treten müssen.*) Der Kraftwagen ist in seiner Linienführung viel unabhängiger als die Eisenbahn; er kann also den Netzmittelpunkt Berlin vermeiden. Der Kraftwagen dient weiterhin besonders zur Beförderung wertvoller Güter. Es ist anzunehmen, daß in arbeitsintensiven Klein- und Mittelbetrieben mehr Spezialgüter hergestellt werden, als Massenprodukte. Selbstverständlich benötigt der Osten auch zu diesem Zweck eines Ausbaues seines Straßennetzes. Aber der Bau selbst von Chausseen erster Ordnung ist noch viel billiger, als ein etwa notwendiger Aus- und Umbau von Eisenbahnen.**) Die Verengung

Prov. Hannover	93,3
Prov. Westfalen	177,8
Prov. Hessen-Nassau	142,2
Prov. Rheinprovinz (ohne Saargebiet)	189,6
Prov. Hohenzollern	160,4

*) Der gleichen Meinung ist auch Mellerowitz in seinem Aufsatz: Siedlung und Kraftverkehr, in: Reichsplanung 2/35, S. 46 ff.

**) vgl. E. Sax: Die Verkehrsmittel in Volks- und Staatswirtschaft, 2. Band: Land- und Wasserstraßen, Post, Telegraph, Telefon, 1922, S. 142:

„In Deutschland stellten sich Anfang des 19. Jahrhunderts die Baukosten für 1 km Staatschausseen auf 5000 — 6000 Mark unter günstigen, bis auf das Doppelte unter ungünstigen Anlageverhältnissen, in den 30er Jahren rechnete man im Durchschnitt mit 8000 Mark, gegenwärtig betragen die Anlagekosten einer 10 m breiten Straße bei 5m breiter Fahrbahn einschl.

der Maschen des Straßennetzes und die damit Hand in Hand gehende Verstärkung des Kraftwagenverkehrs bedeutet keinesfalls eine Niederkonkurrierung oder Zurückdrängung der Eisenbahn, da ja die Eisenbahn selbst durch ihren Zubringerdienst eine neue Erwerbsquelle erhält. Sobald jedoch die Straßen hergestellt sind, dienen sie der Streuung der Industriestandorte in außerordentlichem Masse, da mit Hilfe des Kraftwagens jeder Ort mit dem anderen in beliebiger Weise verbunden werden kann.*)

d) Die Versorgungsbetriebe.

Die hier angeschnittene Rohstoffrage hängt eng mit einem anderen Problem zusammen, der Versorgung mit den nötigen Antriebskräften. Es muß dafür gesorgt werden, daß eine große Anzahl von Versorgungsbetrieben geschaffen wird oder aus Gründen einer Verbilligung die bestehenden Versorgungsbetriebe weiter ausgebaut werden, damit die neuen Betriebe Gas, Wasser und Elektrizität wenigstens ebenso billig erhalten wie die Großstädte. Der wichtigste Faktor ist heute sicher die Elektrizität. Und gerade hier ist mit Hilfe der Ueberlandleitungen die Möglichkeit gegeben, Elektrizität billig zu liefern. Durch diese Ueberlandleitungen ist es auch möglich, sehr viele Ortschaften durch einen Betrieb mit Elektrizität zu versorgen. Dadurch entsteht eine Massenproduktion, die auch wieder zur Verbilligung führen könnte.

4. Auseinandersetzung mit kritischen Einwürfen.

Selbstverständlich können gegen diese Vorschläge weitgehend Einwände gemacht werden. Vor allen Dingen sind zwei Einwürfe wesentlich.

1. Die Zerschlagung des Großgrundbesitzes könnte zur Vermin-

Grunderwerb für 1 km im Flachland 10 — 11000 Mark, im Hochland 12 — 15000, im Gebirge 15 — 25000 Mark."

Und im 3. Band: Die Eisenbahnen, Berlin 1922, S. 268: „Anlagekosten für 1 km Linie der Preußischen Bahnen:

1850	155.562	Mark
1900	250.928	Mark
1910	288.881	Mark
1915	322.732	Mark (bei 40 % Doppelgleis ohne Kleinbahnen)."

Selbstverständlich entstammen die hier genannten Baupreise Vorkriegsberechnungen. Das Kostenverhältnis zwischen Eisenbahn und Straße wird sich aber kaum in der Nachkriegszeit bedeutend verschoben haben. Die Kosten für die Autostraßen sind nicht berücksichtigt., da derartige Verbindungswege für die hier genannten Zwecke viel zu kostspielig und unnötig wären.

*) Mellerowitz: Grundlagen rationaler Verkehrsorganisationen, in: Wirtschaftsheft der Frankfurter Zeitung 1932, H. 8: Zusammenarbeit der Verkehrsmittel S. 15.

rung der Nahrungsmittelerzeugung führen, so daß die Nahrungsfreiheit gefährdet ist.

2. Die Errichtung von Siedlerstellen und der Aufbau neuer Industriebetriebe belasten den Kapitalmarkt und die Steuerkraft der Bevölkerung außerordentlich. Bei der großen Kapitalknappheit und der an sich schon hohen steuerlichen Belastung wäre also ein derartiger Plan nicht durchzuführen.

a) Verminderung der Nahrungsfreiheit.

Zuerst werden wir uns mit dem erstgenannten Einwurf zu beschäftigen haben. Immer wieder wird darauf hingewiesen, daß jede Aufgliederung des Großgrundbesitzes eine Verminderung der Roggenproduktion zur Folge haben muß. Riecke[1]) z. B. geht in seinem Aufsatz von dem Satz aus, daß umfangreiche Kleinsiedlung Verringerung der landwirtschaftlich genutzten Fläche bedeutet und beweist dies, indem er die von Ludowici geforderten 4 Millionen Morgen Land für 4 Mill. Siedlerstellen den Ertrag dieser 4 Mill. Morgen Land in Gestalt von 2 Mill. Tonnen Roggen = 25 % einer guten Roggenernte entgegenhält. Die deutsche Brotversorgung sei ernsthaft gefährdet und zwinge uns, im entsprechenden Umfange Brot und Futtergetreide einzuführen. Damit würde die deutsche Nahrungsdecke weiter vermindert. Das erscheint jedoch sehr fraglich. Die Vollbeschäftigtensiedlung soll zusätzlich Erwerb in dem beigegebenen Stück Land finden. Diese Siedlungsform wird heute von der Regierung als Kleinsiedlung voll gefördert. Die Behauptung, daß Kleinsiedlung anstelle von Großgrundbesitz unbedingt zur Verminderung der landwirtschaftlichen Erträge führen muß, ist zu sehr dem mißglückten rumänischen Beispiel entnommen worden. In Rumänien hat bekanntlich die Zerschlagung des Großgrundbesitzes zu einer starken Verminderung des Weizenertrages geführt.

In anderen Ländern sind z. T. ganz andere Erfahrungen gemacht worden. Mahr[1]) weist daraufhin, daß die richtige betriebene Nebenberufssiedlung eine ganz bedeutende Intensivierung der Bodenausnutzung gegenüber der herkömmlichen bäuerlichen Betriebsweise darstellt. Dies wird sehr deutlich aus einem von Mahr angestellten Vergleich der Werterträge, die aus einer gegebenen Grundfläche beim Kleinsiedlerbetrieb und beim bäuerlichen Betrieb herausgeholt werden können.[2]) Selbstverständlich besagt das noch lange nicht, daß eine Ausweitung der Kleinsiedlung im Osten in jedem Falle zu diesem Ergebnis führen muß. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß auch hier die Entwicklung in dieser Richtung

---

[1]) Staatsminister Riecke: Grenzen der Kleinsiedlung, in: Berl. Börsen-Zeitung Nr. 50 vom 30. 1. 36.

[1]) A. Mahr: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Nebenberufssiedlung, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 144, H. 3, Sept. 36, S. 329 ff.

[2]) Mahr a. a. O. S. 330.

gehen wird; denn der Bauer, der zugleich Industriearbeiter wird, wird nur einen verhältnismäßig niedrigen Lohn erhalten. Seinen Lohn kann er nur erhöhen, wenn Frau und Kinder auf dem ihm verbleibenden Boden möglichst viel herausholen. Er wird sogar versuchen, mehr durch seine Angehörigen herausholen zu lassen, als er selbst konsumiert, um es auf dem Markte zu verkaufen. Die neuen Betriebsangehörigen bestehen ja nicht nur aus lauter Menschen, die gleichzeitig Landwirte sind sondern zu einem gewissen Prozentsatz aus Personen, die völlig von der industriellen Arbeit ausgefüllt werden, z. B. allen Angestellten, den Unternehmungsleitern usw. Es ist auch anzunehmen, daß in solche Gebiete noch zusätzliche städtische Betriebe kleiner und kleinster Art wie Reparaturwerkstätten, Schuster, Schneider usw. einwandern, die auch eine Nachfrage nach Lebensmitteln entfalten. So wird es möglich, Obst, Gemüse, aber auch Fleisch zu verhältnismäßig günstigen Marktpreisen unterzubringen. Es wird also eigentlich keine Lücke in die Nahrungsdecke gerissen, sondern die zusätzliche Bevölkerung dieser Gebiete schafft sich selbst die zusätzlichen Nahrungsmittel.*) Selbstverständlich werden die neu besiedelten Gebiete weniger Lebensmittel an die Großstädte abgeben. Dafür behindern sie jedoch in sehr wesentlichem Masse ein weiteres Abströmen der Bevölkerung in die Stadt. Es ist völlig gleichgültig, ob die Landwirtschaft für eine vergrößerte Stadtbevölkerung sorgt oder diese Bevölkerung, die sonst in die Stadt strömt, auf dem Lande versorgt. In keinem der beiden Fälle wird grundsätzlich eine geringe Gesamtversorgung eintreten. — Es ist aber gar nicht daran gedacht, um es nochmals zu betonen, sämtliche Großgrundbesitze auf einmal oder überhaupt zu zerschlagen. Und so lange noch ein großer Teil der Großlandwirtschaft bestehen bleibt, sind die wichtigsten Versorgungsorgane der städtischen Bevölkerung erhalten geblieben.

b) Erhöhte Kapitalbeanspruchung und Steuerbelastung.

Von viel größerer Bedeutung ist der Einwurf, daß bei der heutigen Kapitalknappheit die Industriestreusiedlung zu teuer wäre. Selbstverständlich wird auch die billigste Planung dieser Art außerordentlich hohe Ansprüche an den Kapitalmarkt und die Steuerkraft Deutschlands stellen.

---

*) Anm.: Es wäre zu untersuchen, inwieweit die neuerdings verwandte Süßlupine zur Intensivierung dieser Siedlungen herangezogen werden könnte. Die Siedler müßten in der Lage sein, auf einem Teil ihres Bodens die neue Lupinensorte zu pflanzen. Mit Hilfe der Lupine kann mehr Vieh ernährt werden. Erhöhte Viehhaltung bedeutet vergrößerten Anfall an Naturdung und somit eine erhöhte Intensivierung der Siedlungswirtschaft. Allerdings bleibt es fraglich, ob die Siedler genügend Land zur Verfügung haben werden, um einen Teil für diese Zwecke aussondern zu können. Auch kann die Lupine nicht als ein zusätzliches Futtermittel für ein ganzes Jahr angesehen werden.

Alexander Mahr[1]) führt mit Recht aus, daß auch die Steuerlast indirekt durch die Siedlungen verstärkt werden könnte. Selbst, wenn es möglich sein sollte, einen Teil des für die Siedlungen benötigten Kapitales privat aufzubringen, so kann, nach Ansicht von Mahr, die Verzinsung und Tilgung der Schulden keinesfalls allein auf privater Grundlage vor sich gehen. Bei einer industriellen Betriebseinstellung wird der Bauer-Arbeiter seinen industriellen Erwerb verlieren. Er kann seine Schulden nicht mehr bezahlen und es entsteht die Gefahr eines Zwangsverkaufs. Damit wäre aber das Gegenteil dessen erreicht, was angestrebt ist. Noch dazu wird beim Verkauf der größte Teil des Kapitales verloren gehen. Der Staat muß also die Haftung für die ordnungsgemäße Verzinsung und Tilgung der Siedlungskredite übernehmen. Bekanntlich ist dieser Grundsatz durch Uebernahme der Reichsbürgschaft für private Darlehen, die zur Finanzierung des Baues von Kleinsiedlungen in der Umgebung der Städte bestimmt sind, verwirklicht worden. Wenn allerdings Mahr der Meinung ist, daß hierdurch keine zusätzliche Belastung des Staatshaushaltes eintritt, da der Siedlungsfinanzierung die Verminderung der Arbeitslosigkeit und somit die Verminderung der staatlichen Unterstützungen gegenübersteht, so ist das ein Irrtum. Die Summen, die für Erwerbslosenunterstützung zu zahlen sind, werden im allgemeinen viel niedriger sein, als die Kapitalmengen für die in diesem Falle der Staat eintreten muß. Die Volkswirtschaft wird in jedem Falle durch eine verstärkte Belastung des Kapitalmarktes und durch eine erhöhte Besteuerung belastet werden.

Die Ansprüche einer solchen Siedlungsplanung müssen weitgehend herabgesetzt werden. Es ist schon deshalb nötig, mit dem Kapital sparsam umzugehen, da diese Industriestreusiedlung, selbst wenn alle Voraussetzungen bereitgestellt sind, ein Versuch bleibt, bei dem man von vornherein keinesfalls wissen kann, ob und wie weit er Erfolg hat.

Es ist nicht daran zu denken, ganz Ostdeutschland auf einmal in ein Industriestreusiedlungsgebiet umzuwandeln. Nicht nur die außerordentlich hohen Kapitalkosten werden ein solches Unterfangen verhindern, sondern auch das außerordentlich hohe Risiko. Es besteht ja die Gefahr, daß ein gewisser Teil dieser Industriestreusiedlungen sich wirtschaftlich nicht rentiert und das dort invenstierte Kapital verloren geht. Um diesen Gefahren zu entgehen, empfiehlt es sich, zuerst in einigen wenigen Gebieten mit dem Aufbau eines agrar-industriellen Gemengelagers zu beginnen. Die Landesteile, die sich am ehesten dazu eignen, sind diejenigen, wo schon sehr stark gesiedelt worden ist. Aus den folgenden Statistiken läßt sich erkennen, daß in den Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern Grenzmark Posen-Westpreußen verhältnismäßig weitgehend Siedlungen durchgeführt worden sind und daß besonders die Kreise Franzburg-Barth, Angerburg, Heiligenbeil und Neu-Stettin sehr viel Land für Siedlerzwecke abgegeben haben.

---

[1]) Alexander Mahr: a. a. O. S. 329 ff.

Die Siedlungstätigkeit in kleineren Bezirken 1934
aus: Vierteljahreshefte zur Statistik des deutschen Reiches, Heft III, S. 30 ff.

(aus den Reg.-Bez. sind je drei Kreise verschieden großer Siedlertätigkeit herausgenommen.)	Gesamtfläche ha	Zahl	Gesamtfläche ha	Neubauernstellen Stellen mit einer Fläche von — 5 ha	5-10 ha	10 ha u. m.
Reg.-Bez. Allenstein:						
Osterode i. Ostpr.	299,9	5	85,4	—	—	5
Lyck	1016,1	25	333,9	—	2	23
Lötzen	566,7	7	200,5	2	—	5
Reg.-Bez. Potsdam:						
Templin	1127,7	18	307,4	—	1	17
Angermünde	—	8	107,8	—	3	5
Ruppin	1834,3	59	1039,4	6	4	49
Reg.-Bez. Stettin						
Franzburg-Barth	4076,0	98	1690,7	1	8	89
Cammin	576,8	31	447,9	9	—	22
Anklam	1748,0	55	1091,7	3	1	51
Reg.Bez. Königsberg:						
Heiligenbeil	2051,8	37	743,2	2	1	34
Pr. Eylau	1342,4	11	162,6	1	2	8
Rastenburg	9,3	30	214,7	—	1	10
Reg.-Bez. Gumbinnen:						
Angerburg	2880,2	63	838,6	7	11	45
Stallupönen	1377,3	45	542,0	6	6	33
Gumbinnen	160,8	—	—	—	—	—
Reg.-Bez. Grenzmark:						
Bomst	146,3	3	57,7	1	—	2
Dtsch.-Krone	1389,7	24	553,4	—	—	24
Schwerin a. Warthe	48,8	—	—	—	—	—
Flatow	18,5	14	236,1	—	—	14
Reg.-Bez. Köslin:						
Neu-Stettin	2705,3	52	1014,7	1	5	46
Schlawe	992,0	18	236,9	—	4	14
Bütow	186,6	8	138,7	—	2	6
Reg.-Bez. Frankfurt a. O.:						
Friedeberg	1037,0	3	50,8	1	—	2
Soldin	433,5	26	383,8	8	2	16
Landsberg a. W.	0,1	15	138,4	6	—	9

Gerade diese Gebiete lassen sich zum Versuchsfeld derartiger Streusiedlungen machen.

Vierteljahrshefte zur Statistik des dtsch. Reiches. Heft III, S. 30 ff.

Erwerb u. Bereitstellung von Siedlungsland nach Ländern u. Landesteilen	1934 insg. ha	1934 davon aus Gütern über 100 ha	1919—34 insg. ha	1919—34 aus Gütern über 100 ha
Prov. Ostpreussen	20.947	98,1	214.486	96,3
Brandenburg	15.373	95,9	129.928	96,3
Pommern	31.635	98,7	209.803	99,0
Grenzmark	2.952	96,1	34.669	96,7
Niederschlesien	20.059	93,6	132.090	96,7
Hannover	7.852	53.6	60.382	32,0
Westfalen	465	12,3	9.234	36,5
Rheinprovinz	1.154	42,2	6,231	49,7

S. 33

Die Neubauernstellen nach Zahl und Fläche	1934 Zahl	1934 Fläche	1919—1934 Zahl	1919—1934 Fläche
Prov. Ostpreussen	544	8.782	12.861	152.952
Brandenburg	480	7.548	8.711	77.436
Pommern	833	14.847	9.567	145.705
Grenzmark	73	1.562	1.606	27.359
Niederschles.	556	8.873	6.501	60.620
Hannover	576	6.704	4.298	39.658
Westfalen	50	297	1.120	5.181
Rheinprov.	31	410	307	2.493

S. 39

Zur Besiedlung erworbenes und bereitgestelltes Land im Jahre 1934

	Zahl d. Siedl.-sachen	Gesamt-fläche	Das Land stammte aus Staatsdomänen u. Reichsbesitz insg. ha	dav. ganze Domänen Zahl	dav. ganze Domänen Fläche	großen Privatgütern über 100 ha ganze Güt. Zahl	ganze Güt. Fläche	Teile v. G. Zahl	Teile v. G. Fläche	Güter unter 100 ha insg.
Preussen	1488	116424	17909	34	13896	114	49610	690	39049	9856
Prov. Ostpr.	121	20947	3086	4	2306	35	13745	54	3722	394
Brandenb.	110	15373	1273	2	1269	14	5553	78	7913	634
Pommern	174	31635	7261	16	6642	28	14926	113	9029	419
Grenzmark	28	2952	781	2	781	3	1234	17	722	115
N.-Schles.	411	20059	1306	3	1132	23	8505	296	8959	1289
Hannover	314	7852	2169	6	1699	2	1056	13	981	3646
Westfalen	53	465	1	—	—	—	—	16	56	408
Rheinpr.	32	1154	4	—	—	—	—	4	483	667

Das Aufgabengebiet der hier neu zu gründenden Betriebe ist zunächst vorsichtig zu umgrenzen. Eine wesentliche Aufgabe wird es sein, alle Produktionen auszuschalten, die konjunkturelle Risiken in sich bergen oder sehr starke Anforderungen an die Arbeiterschaft stellen.

Vor allen Dingen sind erst die Gegenstände herzustellen, für die im Siedlungsgebiet selbst ein Absatz vorhanden ist. Das wären z. B. landwirtschaftliche Maschinen, Fahrräder, landwirtschaftliche Arbeitskleidung. Dazu kämen noch alle Industrien, die sich auf Gewichtsverlustmaterialien, die aus dem Gebiete selbst kommen, stützen könnten. So z. B. Leder- und Häuteverarbeitung, Nahrungsmittelindustrien aller Art wie Konserven, Marmeladen, Wurst- und Räucherwarenfabriken und dazugehörige Abfallverwertungsindustrien wie Horn- und Borstenbearbeitungen. Alle diese Produktionen haben den großen Vorteil, daß die Waren nicht erst bis in die großen Städte gebracht werden müssen, wodurch unnötige Transportkosten der Abfälle entstehen, sondern an Ort und Stelle verarbeitet werden können.

Eine zusätzliche Belebung der Industrietätigkeit könnte noch durch eine Intensivierung des Handelsverkehres mit Polen erreicht werden, indem nämlich der deutsche Osten von dort Rohstoffe, die Gewichtsverlustmaterialien sind, bezieht und sie gleich hinter der Grenze verarbeitet. Es wäre dabei besonders an die Holzbearbeitung zu denken. Gerade hier ist es möglich, versuchsweise mit sehr einfachen Herstellungen zu beginnen etwa mit einigen Holztischen, Stühlen und Schränken. Erst später, wenn sich solche Industrien eingearbeitet haben, könnte man zur Qualitätsarbeit übergehen.

Ein solches Revier hat dann auch von sich die Tendenz, sich selbst auszubreiten und zu verstärken. Es werden Zubringerindustrien und Reparaturwerkstätten hinzukommen. Soll sich der Versuch so weit günstig gestaltet haben, dann läßt er sich auf andere schon bestehende Siedlungen im Osten erweitern. Dort, wo erst neue Siedlungen geschaffen werden müssen, entstehen bekanntlich sehr hohe Kosten durch den Bau neuer Häuser und des entsprechenden Inventares. Es ist allerdings fraglich, ob es bei der heutigen Kapitalknappheit gerechtfertigt ist, neue Häuser zu bauen, und ob es nicht richter wäre, wie es in den Randstaaten z. T. geschehen ist, den Herrenhof für die Siedler zu Wohnstätten und Stallungen umzubauen. Man erreicht damit zwei Zwecke auf einmal. Es wird der Bau kostspieliger neuer Häuser vermieden und die Entstehung von Restgütern, die in den meisten Fällen sich als unrentabel erwiesen haben, verhindert.

Das versuchsweise Vorgehen hat noch einen anderen großen Vorteil. Es schafft nicht künstlich eine plötzliche Nachfrage nach landwirtschaftlich-industriellen Arbeitern, die nur durch den Zuzug aus dem Westen gedeckt werden könnte. Einzelne Unternehmer lassen sich viel leichter umsiedeln als ganze Arbeiterstämme, die sich möglicherweise nicht eingewöhnen und damit den Versuch zum Scheitern bringen. Bei einer langsamen und allmählichen

Durchführung ist es möglich, die Arbeiterschaft vollständig aus den Kreisen der deutschen Landarbeiter und vor allen Dingen aus den nicht erberechtigten Kindern der Erbhofgüter des Ostens zu entnehmen. Somit würde man der Landflucht einen natürlichen Riegel vorschieben und eine weitere Verstädterung verhindern können.

Schluß.

Methodische Voraussetzungen der Industriestreusiedlung.

Die im III. Kapitel gezeigten Maßnahmen und Vorschläge zur Durchführung einer krisensicheren agrar-industriellen Gemengelage sollen der Verhinderung weiterer Verstädterung dienen. Hierzu ist ein starker politischer Wille erforderlich, der die Neuordnung des deutschen Lebensraumes zum Ziel hat. Diese Neuordnung wird ausgehen müssen, von dem Begriff: „Volk und Raum", um so eine innere Bindung des deutschen Menschen an den deutschen Raum herzustellen. Darum wird die Forderung aufgestellt, unter Berücksichtigung bevölkerungspolitischer, sozial- und wehrpolitischer Gesichtspunkte eine arbeitsausgewogene Landschaft, eine soziologische Umformung und Wehrsicherheit zu schaffen.

Dieser Vorschlag ist nicht als ein Projekt gedacht, nach dem auf einmal im Laufe einer verhältnismäßig kurzen Zeitspanne eine große Industriestreusiedlung geschaffen werden soll. Ein solcher Plan würde zu viele Gefahren in sich bergen. Abgesehen von der Kapital- und Steuerbelastung wäre noch die Gefahr der Rückschläge zu bedenken. Je umfassender und je schneller der Plan verwirklicht wird, um so gefährlicher könnten unerwünschte Wirkungen sein, die dabei auftauchen. Was hier gefordert ist, sind einzelne Vorstöße und einzelne Interventionen in der Richtung der hier gemachten Vorschläge. Man könnte dann in jedem Falle aus seinen eigenen Fehlern lernen und bei jedem folgenden neuen Versuch die Mängel des alten ausmerzen. Gerade wegen der Wichtigkeit der Industriestreusiedlung für das Volksganze ist Vorsicht am Platze. Jedem großen Plan der tollkühn auf einmal ins Werk gesetzt wird, kann der Fluch anhaften, daß ein großer Aufwand schmählich vertan wurde.

Lebenslauf.

Geboren bin ich am 17. 7. 1910 in Waltersdorf bei Erfurt in Thüringen. Seit meinem vierten Lebensjahr wohne ich in Stahnsdorf, wohin mein Vater zum 1. 1. 1914 als Pfarrer der Parochie Stahnsdorf, Kr. Teltow, berufen worden war. Von hier aus besuchten meine Geschwister und ich die Schulen in Berlin-Lichterfelde. Nach bestandenem Abiturium bezog ich die Universität in Berlin, um Volkswirtschaft zu studieren. An dieser Hochschule legte ich am 3. 5. 1935 mein Staatsexamen mit 2—3, die Doktorprüfung am 16. 12. 1936 „cum laude" ab. Zum Thema meiner Dissertation hatte ich mir gewählt: „Die Industriestreusiedlung, ihre wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen." Diese Arbeit ist bei der Doktorprüfung mit „laudabile" bewertet worden.

Um meinem Vater die Ausbildung seiner vier Kinder zu erleichtern, bin ich mehrere Jahre hindurch für drei Lokalzeitungen als Berichterstatter tätig gewesen und habe in den Studentenferien teils in der Landwirtschaft geholfen, teils auf einem Bau als Handlanger gearbeitet. Zwischen dem Diplom- und Doktorexamen habe ich, um einen Verwaltungsbetrieb kennen zu lernen, elf Monate in der Teltower Kreisverwaltung gearbeitet.

Ich bin Mitglied der NSDAP. und des NS.-Rechtswahrerbundes und tue als Oberscharführer in der SA. Dienst.

Berichtigungen.

Im Literaturverzeichnis müssen auf Seite III geändert werden, Abtlg. Zeitschriften, Zeile 3, in „Anzeiger für Berghütten und Maschinenwesen, 1933, vom 26. 5. 1933: Mehmke, R. L., Lebensbedingungen der süddeutschen Industrie".

Auf Seite IV, Zeile 22, in:
„Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 144, 1936: Mahr, A., die volkswirtschaftliche Bedeutung der Nebenberufssiedlung".

Auf Seite 4, 8. Zeile von unten in:
„Schriften des Vereines für Sozialpolitik, Band 178, II, 1930: Bürger, E., Bäuerliche Liegenschaftsübertragung und Vererbung im Gebiete der Tschechoslowakei."

Auf Seite IV, 6. Zeile von unten in:
„Schriften des Vereines für Sozialpolitik, Band 178, II, 1930: Frost, I., Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in Belgien."

Auf Seite V, Zeile 5 in:
„Siegerländer Industriegebiet, Hrsg. v. Büscher und Sarx, 1922: Roth, H., Die Siegerländer Haubergswirtschaft".

Seite 1: 2. Absatz, 3. Zeile: zugeleitet.
Seite 3: 1. Absatz, Zeile 9 und 10: %.
Seite 4: 8. Zeile: Standort.
Seite 4: 17. Zeile: statt müßten — mußten.
Seite 4. 21. Zeile: als die der.
Seite 6 14. Zeile: f streichen in Ablösungssumme.
Seite 6: 18. Zeile: s hinter dem Wort Regulierungsgesetze streichen.
Seite 6: 35. Zeile in die Stadt ab.
Seite 7: 10. Zeile: muß heißen zwangen.
Seite 8: 1. Abs., 6. Zeile von unten: es muß fruchtbar statt furchtbar heißen.
Seite 8: 1. Abs., 2. Zeile von unten: es muß Nahrung statt Mahnung heißen.
Seite 11 : 12. Zeile: Verhältnisse streichen.
Seite 12, 3. Zeile: fehlt hinter erhalten*) desgleichen unterm Strich *) Anm.
Seite 12, Anm. Zeile 4: 1,6 vor dem a e weg.
Seite 13, 3. Abs., Zeile 3: (34,4%).
Seite 14, 3. Anm: statt W. B. — V. B.
Seite 15, letzter Abs., Zeile 2: statt diesem — diesen.
Seite 17, 1. Abs., Zeile 16: fehlt hinter können*).
Seite 17, 2. Abs., 6. Zeile: statt umliegenden umliegende.
Seite 17, 2. Abs., 8. Zeile: Arbeits —
Seite 17, 2. Abs., 12. Zeile: statt sehr — mehr.
Seite 22, Ueberschrift 1. wo finden sich.....
Seite 24, 3. Anm. a. a. O. statt e. e. O.
Seite 24, 3. Anm.: S. 8. R. Dratmann:.....
Seite 28, letzter Abs.: ergibt, daß....
Seite 34, Ueberschrift 2. Das Ergebnis....
Seite 40, 2. Abs., 2. Zeile von unten: württembergischer Bauern.
Seite 42, Zeile 14: Erwerbslosen.
Seite 48, Zeile 5: differenzierte.
Seite 48: *) Zeile 4: Näheres s. 52 statt 86.
Seite 57, 3. Zeile: erbberechtigten
Seite 57, 3. Zeile von unten: Plan, der.